

**Umgedreht:
Broschüre der
Linksfraktion Altona**

ALiNa

**Altonaer
Linke Nachrichten**

ALiNa Nr. 11 · Winter 2016

Im Heft:

Die Türkei erstickt
in Krieg und Gewalt.
Eine Bestandsaufnahme

Wiener Wohnungspolitik.
Vorbild für Hamburg?

Über die Grausamkeiten
des Kapitalismus



**Demokratie in der Türkei:
ASCHE UND STAUB**

Die Türkei erstickt in Krieg und Gewalt – Eine Bestandsaufnahme

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine Hiobsbotschaft aus der Türkei die Welt erreicht. Am 4. November 2016 wurden Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtaş, die beiden Co-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP), der drittgrößten Fraktion im türkischen Parlament, sowie der Fraktionsvorsitzende İdris Baluken und weitere acht Abgeordnete der HDP verhaftet. Die Begründung für die Festnahmen lautet wie in letzter Zeit tausendfach pauschal: Unterstützung der PKK. Sowohl

den beiden Co-Vorsitzenden als auch fast allen weiteren HDP-Abgeordneten wurde bereits im Mai auf Betreiben des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan durch das türkische Parlament in Ankara die Immunität entzogen. Eine Woche zuvor, am 25. Oktober 2016, wurden die beiden Co-Bürgermeister*innen der kurdischen Großstadt Amed (Diyarbakır), Gültan Kisanak und Firat Anlı, verhaftet. Am 24. November 2016 wurde der Ober-

bürgermeister der Stadt Mardin, Ahmet Türk, und eine Woche davor der Oberbürgermeister der Stadt Wan sowie fünf weitere Bürgermeister verhaftet. Somit sind jetzt fast alle HDP-Bürgermeister*innen (insgesamt 97) abgesetzt oder verhaftet. An ihrer Stelle wurden vom türkischen Regime Zwangsverwalter eingesetzt. Sie sind verantwortlich für Enteignung, Vertreibung und eine Fortsetzung der AKP-Kriegspolitik in den kurdischen Gebieten. Die Türkei erstickt in Krieg und Gewalt. Nach dem Wahlerfolg der HDP und dem Verlust der AKP-Mehrheit im türkischen Parlament brach das AKP-Regime mit Erdoğan an der Spitze den seit zwei Jahren andauernden Friedensprozess mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ab. Seit dem Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 hat sich die Situation weiter zugespitzt, denn die AKP nutzt den ausgerufenen Ausnahmezustand, um jegliche Opposition zu unterdrücken. Sie selbst spricht von „Säuberungen“.

Meinungs- und Pressefreiheit sind abgeschafft

Derzeit befinden sich mehr als 150 Journalist*innen aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit in Haft. Dem Putsch folgte nach der Schließung sämtlicher Sender, Zeitungen und Verlage mit Nähe zur Gülen-Bewegung eine zweite Repressionswelle gegen kurdische und alevitisch-linke Medienorgane. Es sind insgesamt 160 Fernsehsender, Verlage, Zeitungen und Radiosender verboten wurden. Selbst der

lichen Dienstes wurden entlassen, fast 40.000 Menschen inhaftiert. Seit einem Jahr wurden 5540 Funktionäre, Mandatsträger und Mitglieder der HDP verhaftet. Die Situation in den türkischen Gefängnissen ist katastrophal, die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International sprechen von „systematischer Folter“.

Der Krieg in den kurdischen Gebieten geht weiter

Über 20 kurdische Städte im Osten der Türkei wurden vom türkischen Militär – aus der Luft, mit Panzern und schwerer Artillerie – angegriffen. Die Bilanz dieses Krieges: 2.000 Tote und eine Million Flüchtlinge. In



Diyarbakır, seit einem halben Jahr fahren LKW Kolonnen das, was nach dem Krieg vom östlichen Stadtteil Sur übrig geblieben ist, zu einem grossen Trümmerhaufen in Sichtweite der Stadt. Inzwischen ist dort ein grosser Berg entstanden. Foto: Hinrich Schultze

der Stadt Sîrnak dauerte die Ausgangssperre sieben Monate. Die Stadt ist größtenteils dem Erdboden gleichgemacht worden. Es geht dem AKP-Regime um die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus den kurdischen Gebieten. Am 24. August 2016 starteten türkische Spezialeinheiten gemeinsam mit islamistischen Söldnern eine Militäroffensive gegen Nordsyrien bzw. Rojava. Bei diesem völkerrechtswidrigen Einsatz behauptete die türki-

sche Regierung zunächst, Ziel der Militäroperation sei der sogenannte Islamische Staat. Tatsächlich ist der IS jedoch an Orten wie Cerablus bereits vor dem türkischen Einmarsch abgezogen. Von Anfang an war klar, dass die Kurd*innen, die YPG/YPJ und die demokratischen Kräfte Syriens Ziel der türkischen Angriffe sind. Seither wurden 121 Zivilist*innen Opfer der türkischen Panzer und Luftangriffe. Mindestens 50 YPG-Kämpfer*innen wurden getötet.

Was nicht zum nationalistischen Slogan des türkischen Regimes „Ein Vaterland, eine Religion und eine Fahne!“ passt, wird zermürbt, niedergemacht und abgeschafft. Die Daumenschraube wird immer stärker angezogen, um Kurd*innen sowie die demokratischen Kräfte in der Türkei einzuschüchtern und ihnen zu zeigen, dass der Wunsch nach einer anderen, basisdemokratischen Gesellschaftsform in der Türkei unter Erdoğan zum Scheitern verurteilt ist.

Die EU und die Bundesregierung

Die internationale Staatengemeinschaft, u.a. die Bundesregierung, haben mit ihrer Unterstützung des türkischen Regimes zu diesem Zustand beigetragen. Aufgrund geostrategischer Machtinteressen der EU und Deutschlands und den daraus resultierenden politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen, die Deutschland und die EU mit der türkischen Regierung geschlossen haben – wie etwa der Flüchtlingsdeal – wurde Erdoğan in seinem Machtbestreben gestärkt. Erdoğan ist nicht auf dem Weg, ein diktatorisches, faschistisches, frau-

eneindliches, nationalistisches und rassistisches Regime mit ihm als Diktator zu schaffen – nein, er praktiziert es bereits! Der aktuelle EU-Fortschrittsbericht und der Beschluss des EU-Parlamentes, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzufrieren, interessiert daher das türkische Regime gar nicht mehr. Aktuell ist es die Türkei, die Forderungen gegenüber der EU stellt. Die Europäische Union droht, wenn sie den Beschluss des EU-Parlamentes nicht umsetzt, zu einer Farce ihrer selbst zu werden. Die Haltung der europäischen Politik zu den Festnahmen der HDP-Abgeordneten wirkt weiterhin wie ein

Lackmustest. Folgen auf die Erklärungen, hinsichtlich der Entwicklungen in der Türkei „äußerst besorgt“ zu sein, keine praktischen Konsequenzen, haben die Bundesregierung und andere europäische Staaten zumindest aus Sicht der Kurd*innen und der Opposition in der Türkei ihre Glaubwürdigkeit verloren. Dass andere Mittel möglich und notwendig sind, hat die österreichische Regierung mit der Verhängung eines Waffenembargos am 24. November 2016 gezeigt. Die Beendigung von Waffenlieferungen ist auch von der Bundesregierung zu fordern.

Yavuz Fersoglu

Türkei: Die Unterdrückung ist allgegenwärtig

Ein Reisebericht aus Diyarbakır

Von Martina Renner, Cansu Özdemir und Jan van Aken

„Worte reichen nicht mehr, die Bundesregierung muss endlich Taten folgen lassen!“ Diese Worte gab uns M. Emin Aktar mit auf den Weg, einer der Anwälte des jüngst verhafteten HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş. Tatsächlich ist die massive Unterdrückung in der Türkei momentan in Diyarbakır auf Schritt und Tritt zu spüren. Die Verhaftung der gesamten Führungsspitze der HDP und vieler JournalistInnen ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Insgesamt wurden in den vergangenen Monaten 40 gewählte kurdische BürgermeisterInnen aus ihren Ämtern entfernt, 32 wurden inhaftiert. Auch die beiden Co-BürgermeisterInnen von Diyarbakır sitzen im Knast, die Stadtverwaltung ist unter die Zwangsverwaltung eines türkischen Statthalters gestellt worden. Das Rathaus ist wie ein Hochsicherheitstrakt abgeriegelt, so wie auch viele andere öffentliche Gebäude in Diyarbakır. Teile der Altstadt sind immer noch abgesperrt. Dahinter hunderte zerstörter Gebäude, die erst bombardiert und dann mit

Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Flüchtlinge auch aus anderen zerstörten Orten Türkisch-Kurdistans suchen weiterhin eine neue Unterkunft, sind auf Hilfsleistungen der Kommune und der solidarischen MitbürgerInnen angewiesen. Die Unterdrückung hat sich verändert, neben physischem Terror setzt das Regime auch

auf Überwachung. Das Internet – wichtiger Teil der Gegenöffentlichkeit, angesichts gleichgeschalteter und eingeschüchterter Medien – wird je nach „Sicherheitslage“ an- und abgeschaltet. Hunderte neuer Überwachungskameras wurden in den letzten Monaten in der Stadt aufgestellt, Straßensperren prägen das Stadtbild.



Die Repressionsorgane des Staates. Sie tragen Waffen des deutschen Herstellers Heckler & Koch. Foto: Hinrich Schultze

Inhaltsverzeichnis:

2	Die Türkei erstickt in Krieg und Gewalt – Eine Bestandsaufnahme	10	AUS für „Rettet den Volksentscheid“
3	Türkei: Die Unterdrückung ist allgegenwärtig – Ein Reisebericht aus Diyarbakır	10	Ein paar Gedanken zur direkten Demokratie
4	Rainer rennt – und Rita macht sich Sorgen	11	Teutonia 05 – Breitensport sitzt auf der Bank
6	Wiener Wohnungspolitik	12	Tausende Linke nahmen Abschied von Dario Fo
7	Über die Grausamkeiten des Kapitalismus und sein baldiges Ende	12	Das Diebsteich-Komplott
8	Die schwarze Katze	13	Bücherkiste Links
9	Zum Tod von Fidel Castro	13	Soli Kalender 2017
		14	Termine, Adressen, Impressum
			Beschreibung Titelbild



Diyarbakir, Menschen suchen in den aufgehäuften Trümmern vor der Stadt nach Nötigem und Nützlichem im Schutt der „Platt“ gemachten Stadtteile – was der Bulldozer so heil ließ. Foto: Hinrich Schultze

Dass internationaler Druck funktioniert zeigte sich beim Prozess gegen Deniz Naki, den früheren Fußballprofi des FC St. Pauli. Er war auch der Terrorunterstützung angeklagt, ihm drohten bis zu fünf Jahren Gefängnis – weil er in mehreren Tweets seine Solidarität mit den Opfern der türkischen Militäroperation in Kurdistan ausgedrückt hatte. Am ersten Prozesstag am 8. November vor einem Sondergericht in Diyarbakir forderte überraschend der Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens, mit der Begründung, dass die Äußerungen Nakis von der Meinungsfreiheit gedeckt seien. Soran Hal-di Mizrak, der Anwalt von Deniz Naki, sagte später, dass er eine solche Begründung noch nie von einem türkischen Staatsanwalt gehört habe. Das ließe sich nur damit erklären, dass der Gesandte der deutschen Botschaft in Ankara mit auf der Zuschauertribüne saß, dass wir als internationale Delegation vor Ort waren und dass ein rundes Dutzend Kameras und MedienvertreterInnen vor dem Gericht warteten. Internationaler Druck funktioniert – das ist eine zentrale Lehre aus dem Prozess gegen Deniz Naki. Es muss jetzt in Deutschland darum gehen, den Druck auf die Bundesregierung so weit zu erhöhen, dass sie endlich auch aktiv gegen die diktatorischen Maßnahmen der AKP-Regierung vorgeht. Auch wenn jetzt viel über Sanktionen und EU-Beitrittsverhandlungen geredet wird: Der erste Schritt muss doch sein, dass die Bundesregierung endlich dem Erdogan-Regime die aktive Unterstützung entzieht. Ein Stopp aller Geheimdienstkooperation, eine Ausweisung der türkischen Geheimdienstler aus Deutschland, Stopp der Waffenexporte und ein Abzug der Bundeswehr aus Incirlik – all das sind Dinge, die die türkische Regierung und vor allem ihren Repressionsapparat massiv treffen würden. Dazu gehört natürlich auch eine Aufhebung des PKK-Verbotes in Deutschland. Hier glaubt doch niemand mehr, auch nicht in

der Bundesregierung, dass die PKK eine Terror-Organisation ist. Das Verbot ist einzig und allein politisch begründet, und diese politische Unterstützung für die türkische Regierung muss endlich entzogen werden. Die Vorwürfe der Terrorunterstützung gegen die HDP-Abgeordneten sind genauso dünn und ausschließlich politisch motiviert wie bei Deniz Naki. Ziya Pir, der mittlerweile wieder freigelassene HDP-Abgeordnete, sagte uns, dass die Anklage äußerst dünn und schlampig vorbereitet sei, es werden nur einige wenige Ausschnitte aus Reden des Abgeordneten zitiert, die strafrechtlich völlig irrelevant seien. So wird die Forderung nach Selbstverwaltung der KurdInnen als Beweis für die Mitgliedschaft in der PKK gewertet, weil die das gleiche fordert. Der weitere Fortgang des Verfahrens ist völlig offen, weil es sich eben um ein politisches Verfahren handelt, dessen weiterer Verlauf eher im Präsidentenpalast als von den Gerichten entschieden wird. Der nächste Haftprüfungstermin steht Anfang Dezember an, bis dahin wird mit weiteren Verhaftungen von HDP-Abgeordneten gerechnet. Die Verteidigung hat jetzt eine Zusammenlegung aller Verfahren beantragt. Selahattin Demirtas sitzt zur Zeit in einer Einzelzelle in einem Gefängnis in Edirne, der Kontakt mit Mitgefangenen ist ihm verboten. Allerdings hat er ausdrücklich darum gebeten, die Haftbedingungen nicht zu thematisieren, da es jetzt in der Türkei um eine größere Sache gehe, um Demokratie und Freiheitsrechte. Eines gibt uns sein Anwalt dann doch zusätzlich mit auf den Weg. Es gehe nicht um Demirtas allein, aber es wäre ein wichtiges Signal, wenn der Deutsche Bundestag eine fraktionsübergreifende Delegation ins Gefängnis entsenden würde. Die Bundesrepublik müsse begreifen, dass es schon lange nicht mehr um die Türkei allein gehe, sondern dass ein Gewährenlassen des AKP-Regimes eine Katastrophe für die ganze Region bedeuten könne.

Rainer rennt – und Rita macht sich Sorgen

Freitags treffe ich Rita. Rita ist unsere Trainerin. Sie bringt den anderen und mir unseren Sport, das Laufen, bei. Anfersen, Kniehub, Ellenbogenarbeit, Atmung... Trainerin, das ist Ritas Zweitjob. Der andere ist einer irgendwo im Büro, auf zwei Jahre befristet, 30 Stunden pro Woche. „Noch 18 Monate Ruhe, aber dann wird mir wieder bange ums Herz“, sagt Rita zu uns und lacht. Schon heute hofft sie auf eine Verlängerung dieser Festanstellung – aber erst in eineinhalb Jahren weiß sie mehr. „Aber ihr bleibt mir ja erhalten, falls es schief geht!“ sagt sie zu uns, einer ihrer vielen Sportgruppen. „Rita, was ist los?“ frage ich. Da erzählt sie, dass zum Jahresende die Sozialbindung ihrer SAGA/GWG-Sozialwohnung aufgehoben wird. „Mir ist schon ganz Angst und Bange...“ Zunächst sollen es nur 30 Euro im Monat mehr sein. Aber dann, wenn die Wohnung erst mal keine Sozialwohnung mehr ist... „Was wird dann? Wird sie Jahr für Jahr teurer, so teuer, dass ich irgendwann ausziehen muss?“ Rita hat also eine Sozialwohnung gefunden – so wie 90.000 andere Hamburgerinnen und Hamburger auch. Sie hatte Glück: Knapp die Hälfte der Bevölkerung in unserer Stadt könnte genau wie Rita in eine Sozialwohnung ziehen, denn sie verdient trotz ihrer täglichen großen Anstrengungen zu wenig, um sich in Hamburg eine „freie“ Wohnung leisten zu können – vom Bauen oder Kaufen ganz zu schweigen. Das war nicht immer so: Mitte der 70iger Jahre gab es in Hamburg noch rund 400.000 Sozialwohnungen. Anfang 2000 waren es dann noch 167.000, im Jahr 2012 etwas mehr als 110.000, in 2014 dann 87.000. Und 2020 soll es nur noch 60.000 Sozialwohnungen in Hamburg geben. Der Senat teilt diesen Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau in verschiedenen Drucksachen mit. Er begann immer mit der Aufhebung der Sozialbindung der Mieten in den bisherigen Sozialwohnungen. Genau das erlebt Rita jetzt – und genau das muß verhindert werden, im Interesse der Mehrzahl der Menschen in unserer Stadt. Rita hat zwei Kinder, der kleine Junge hat Entwicklungsstörungen. Zuwendung und teure Therapien helfen ihm. Die Tochter ist schon älter, Auszubildende und packt mit an, denn Rita ist alleinerziehend. Die zwei Jobs bringen Rita um die 1900 Euro net-

to monatlich. Damit zählt sie nicht zu den 280.000 armen Menschen in Hamburg, sondern zur unteren Mittelschicht. Dafür arbeitet sie mehr als sechzig Stunden in der Woche und kämpft mit ihrem schlechten Gewissen: „Eigentlich müsste ich mehr für meinen Jungen tun, aber meine Tochter hilft mir ja“. Rita wundert sich: Nichts bleibt über, trotz der zwei Jobs. 1.500 Euro gehen für Miete, Versicherung, Strom, Wasser und Therapien drauf. 500 Euro sind für Lebensmittel, den alten Corsa und Rücklagen für den Urlaub verplant. „Wir sind ja nicht arm“, sagt Rita, „aber ich habe schon Angst... Was wird sein, wenn mein befristeter Job nicht verlängert wird? Was wird sein, wenn irgendein Konzern in der City Nord Leute entlässt und die dann nicht mehr in meine Laufgruppe kommen können? Neulich habe ich da so ein Gerücht gehört...“ Nun hören und lesen wir, dass Hamburg Spitze beim sozialen Wohnungsbau sei – im Bundesdurchschnitt sogar ganz weit und uneinholbar vorne. So wirbt Hamburgs SPD für ihre Wohnungspolitik. Tatsächlich, es wurden seit 2011 über 8.500 Wohnungen gebaut. Davon waren allerdings nur 2.185 Sozialwohnungen, 2.143 Wohnungen im ersten Förderweg. Hier ist die Miete bei Euro 6,20 gebunden. 42 Wohnungen von den neuen Sozialwohnungen sind im zweiten Förderweg zu vermieten. Hier liegt der Preis bei Euro 8,30 pro qm. Doch während diese Wohnungen gebaut werden, verlieren gleichzeitig 8.000 Hamburger Wohnungen die Sozialbindung. Unterm Strich sind das 6.000 Sozialwohnungen weniger. Ganze 26 Wohnungen in den 2.185 Neubauten sind für die „WA-Fälle“ vorgesehen: Das sind die vordringlich Wohnungssuchenden in Hamburg. Noch vor zwei Jahren gab es in Hamburg 45.500 Wohnungen unter den Sozialwohnungen, die zusätzlich für anerkannt vordringlich Wohnungssuchende gebunden sind. Rita hat Angst. Sie fürchtet die Folgen. „Mieten können doch nach der Aufhebung der Sozialbindung ins Unermessliche steigen“, sagt sie uns zwischen Sprint und Lockerungsübung am Ende unserer Trainingseinheit. „Ich wohne doch schließlich in fast bester Lage...Und wenn ich umziehen muss, was wird aus Tom, meinem Sohn? Der fängt jetzt an, sich in seiner Inklusionsklasse wohl zu fühlen. Wenn ich vielleicht nach Nordstedt ziehen muß, weil ´s da preiswerter ist, dann geht der ganze Zirkus mit ihm wieder von vorne los. Das geht nicht!“ Empört entlässt sie uns in den Feierabend. Am 9. April schrieb Chefredakteur Lars Haider im Hamburger Abendblatt einen Leitartikel. „Hamburg nur für Reiche“ nennt er ihn

– und kommt hier ohne Fragezeichen aus. Er beginnt so: „Treffen sich zwei Immobilienmakler. Sagt der eine: „Hast Du schon gehört, dass es in Hamburg bald keine Probleme mehr mit der Spaltung in Arm und Reich gibt?“ Sagt der andere: “Warum das denn?“ „Weil es sich die armen Menschen nicht länger leisten können, in Hamburg zu leben.“ Später: „Was wird diese Entwicklung (am Immobilienmarkt und in der Wohnungspolitik) aus Hamburg machen? Wird die Stadt künftig noch dem von Bürgermeister Olaf Scholz formulierten Anspruch gerecht werden können, dass hier jeder sein Glück finden kann?“ Die Antwort ist eindeutig: Nein. Hamburg wird, Stück für Stück, eine Stadt der Reichen, der sehr Reichen...“



Rainer Benecke in Aktion: Autor dieses Berichts über Rita, die stellvertretend für viele, viele andere Hamburgerinnen und Hamburger steht.

Damit beschreibt er die Wirklichkeit in der Stadt, in der die Mieten seit Jahren schon so sehr steigen, dass immer mehr Menschen in Hamburg einen zweiten Job brauchen, um hier leben und überleben zu können. Haushalte mit geringem Einkommen finden kaum Wohnraum zu bezahlbaren Preisen. Menschen mit Schulden haben geringe Chancen, sich auch nur ein Zimmer anzumieten. Transferleistungsbezieherinnen und -bezieher bleiben vor der Tür, im wahrsten Sinne des Wortes: Die Anzahl der Menschen in Hamburg ohne Wohnung steigt, das Winternotprogramm für die über 2000 Obdachlosen in einer der reichsten Städte Europas ist vollkommen unzureichend – und es beginnt zu spät, nachdem die Wohnungslosen erste Erfrierungen erlitten haben. Bereits im November starb der erste Obdachlose, draußen, auf der Straße, in eisiger Kälte. Ich habe Rita von den wohnungspolitischen Forderungen der LINKEN berichtet. Ich habe ihr beim langen Lauf erzählt, dass DIE LINKE

bundesweit für einen bezahlbaren kommunalen Wohnungsbau eintritt, einen neuen gemeinnützigen Wohnungsbau fordert und mit leuchtenden Augen vom Wiener Beispiel berichtet. Keine Profite mit der Miete. Rita stimmt mir zu: Das Grundübel ist, dass der Wohnungsbau in Hamburg in die Hände von Investoren gelegt wird. „Klar, die wollen Gewinn“ sagt sie. Sie weiß, dass auch außerparlamentarischer Druck notwendig ist, um das zu ändern. „Aber entschuldige mal, wenn ich von meinen zwei Jobs nach Hause komme, dann braucht mich mein Sohn! Da bleibt nicht mehr viel Zeit für Demos, Inis oder anderes Zeug! Außerdem bin ich müde...“ Für Politik braucht mensch Zeit. Stimmt. Rita hat DIE LINKE bei der letzten Bürgerschaftswahl gewählt. Ihr hat unser Plakat mit der Forderung nach den bezahlbaren Mieten gefallen. Das war ihre kleine Demonstration, ihr Protest zwischen Abwasch und Zweitjob.. Und nun verlangt sie von uns, dass wir – die Partei, der sie ihr Vertrauen und ihre Stimme gab – unser Versprechen halten und spürbar zur Verbesserung ihrer Lage beitragen. Und auch darum bin ich dabei, wenn wir in Hamburg in den Großraumsiedlungen Unterschriften für den Erhalt der Sozialbindungen sammeln, zunächst bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA/GWG. Hier könnte der Senat Einfluss nehmen, wenn er wollte. „Wir brauchen eine wirkliche Mietpreisbremse, eine, die ihren Namen verdient.“ Rita stimmt mir zu. „Du brauchst eine spürbare Erhöhung Deines Wohngelds. Aber, Rita, ganz ohne Deine Mithilfe wird es nicht gehen. Der erste Schritt wäre bei uns für den Erhalt der Sozialbindung zu unterschreiben, denn das ist Hamburger Landespolitik. Anschließend sollten wir gemeinsam beraten, wie wir weiter vorgehen. Mietpreisbremse, Wohngeld – alles Bundespolitik. Da werden wir, da wird DIE LINKE in Berlin initiativ werden. Wir begreifen Wohnungspolitik als Sozialpolitik, in Hamburg und Berlin.“ „Ende des Werbeblocks“, sagt Rita. „Du musst jetzt bis zur ersten Kurve Vollgas geben und dann...“

Rainer Benecke

Im November 2016 hat die LINKE. Hamburg ihre wohnungspolitische Kampagne „Miete bezahlbar machen- Sozialbindung erhalten!“ begonnen. Es geht im ersten Schritt darum, die Mieterinnen und Mieter in SAGA-Wohnungen, darin zu unterstützen, sich gegen das Auslaufen der Mietpreisbindungen zu wehren. Dafür sammeln wir Unterschriften und unterstützen die Bildung von Mieterinnen- und Mieter-Initiativen.

Wiener Wohnungspolitik

Die letzte Ausgabe der ALiNa trug zu unseren wohnungspolitischen Artikeln als Titelfoto den Karl-Marx-Hof in Wien. Auf der Rückseite der ALiNa schrieben wir zu dem Foto: Ein besonders geschichtsträchtiges Beispiel für kommunalen Wohnungsbau: Der Karl-Marx-Hof in Wien mit heute 1272 Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen, 1927-33 erbaut, erkämpft im „Roten Wien“ (1919-1934). 1934 Zentrum der Arbeiterschaft im Abwehrkampf gegen die Truppen der austrofaschistischen Regierung Dollfuß. In der Ausgabe 41 der „clara“ (Magazin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, abonnierbar unter fraktion@linksfraktion.de) entdeckten wir jetzt einen Artikel vom Genossen Timo Kühn zur Wiener Wohnungspolitik, an dem wir gern unsere LeserInnen in leicht gekürzter Form teilhaben lassen möchten. Wir danken Timo für die Unterstützung. Die Redaktion

In deutschen Großstädten sind bezahlbare Mietwohnungen Mangelware, nicht so in der österreichischen Hauptstadt. Und das sind die Gründe: ... „Die 1,8-Millionen-Einwohner-Metropole hat erst kürzlich Hamburg bei der Einwohnerzahl überholt, ist eine beliebte Touristen- und Studentenstadt, viele Unternehmen sind dort ansässig. Aber der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter liegt bei 7,64 Euro inklusiv Betriebskosten, also warm. Landesweit beträgt die Durchschnittsmiete 7,32 Euro.



Karl Marx-Hof in Wien. Foto: Dreizung (von Wikimedia CC BY-SA 3.0)

Der Gemeindebau Karl-Marx-Hof

Wer sich im Norden Wiens vom Heiligenstädter Bahnhof zu Fuß gen Westen aufmacht, kann nach wenigen Metern einen der größten Wohnkomplexe der Welt sehen. Der Karl-Marx-Hof – das „Versailles der Arbeiter“ – , der Ende der 1920er Jahre errichtet wurde, misst eine Gebäudelänge von über einen Kilometer und bietet heute 5000 Bewohnerinnen und Bewohnern ein Zuhause. Auf dem Grundstück sind lediglich 20 Prozent der Fläche bebaut. Drum herum gibt es viele Grünanlagen. Der Karl-Marx-Hof steht für den Gemeindebau des Roten Wien der 1920er und 1930er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Aber nicht nur vor 90 Jahren, sondern bis heute spielt

der Gemeindebau eine außerordentliche Rolle im Stadtbild Wiens. Nach vier Kriterien funktioniert der Gemeindebau in Wien: Soziales, Ökonomie, Ökologie und Architektur. Nur durch kontinuierlichen Kauf von Boden kann die wachsende Stadt den Anforderungen gerecht werden. Mittlerweile ist die Stadt im Besitz von 2,3 Millionen Quadratmetern Boden. Die erworbenen Flächen werden in einer Ausschreibung angeboten. Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften bewerben sich mit Architekturbüros um

die Bauprojekte. Sie unterliegen einem strikten Finanzrahmen, so dass den Bauträgern keine unerwartete Kostenexplosion droht. Nach Fertigstellung der Bauvorhaben werden die Gebäude wieder auf die vier Vergabekriterien hin überprüft. Durch das so zur Verfügung stehende

Geld kauft die Stadt dann weitere Grundstücke. So entstehen Jahr für Jahr 10 000 neue Wohnungen in Wien.

Die Kosten trägt die Stadt

Aber solch ein Mieterparadies hat natürlich auch seinen Preis. Allein im Jahr 2014 stellte die Stadt Wien Fördermittel in Höhe von 680 Millionen Euro zur Verfügung. Zum Vergleich: In Berlin wird nur ein Zehntel davon investiert. Während die meisten europäischen Großstädte lediglich Mietzuschüsse an Mieterinnen und Mieter zahlen, basiert die Wiener Wohnbauförderung auf den drei Säulen Neubau, Sanierung und direkte finanzielle Unterstützung in Form von Wohngeld. Es scheint ein gänzlich anderes Verständnis von Wohnen in Wien vorzuherrschen als in deutschen Großstädten:

Der Mensch steht im Vordergrund. In Deutschland regelt überwiegend der Markt das Angebot an Mietwohnungen. Immer mehr Immobilieninvestoren drängen auf den Mietmarkt. Ob Cerberus, Deutsche Annington oder Fortress: Ihr Ziel ist die Gewinnmaximierung des Anlageproduktes. Dass dieses Anlageobjekt gerade Wohnungen sind, in denen Menschen tagtäglich ihr Leben meistern, spielt dabei keine Rolle. Aus der Logik investieren Immobilienspekulanten auch nie nach Bedarf, was zu Wohnungsmangel und steigenden Mieten in vielen deutschen Städten führt. Das zwingt viele Mieterinnen und Mieter aus den Stadtzentren in Randbezirke. Nur Wohngeld zu zahlen zeigt offenkundig, dass das System nicht funktioniert. Denn der Staat versucht erst gar nicht auf den Mietpreis Einfluss zu nehmen, sondern er ergibt sich dem Markt. Anschließend übernimmt er bei Sozialwohnungen alle Mietersteigerungen durch Bezuschussung der Mieterinnen und Mieter – zur Freude der Immobilieneigentümer.

Zukunft ungewiss

Wien ist im Besitz von beziehungsweise fördert mittlerweile 420 000 Wohnungen. Das macht 62 Prozent des gesamten städtischen Wohnungsmarktes aus. So kann die Stadt selber auf die Mietpreise einwirken. Bisher machen internationale Immobilienspekulanten deshalb einen riesigen Bogen um viele österreichische Städte, insbesondere um Wien. Denn welcher Mieter zahlt schon 15 Euro pro Quadratmeter, wenn vergleichbare Wohnungen für 7,64 Euro zu bewohnen sind.

Doch wie lange dieses Mieterparadies in der österreichischen Metropole noch Bestand haben wird, ist nicht gewiss. Denn auf der Ebene der Europäischen Union gibt es Bestrebungen, sozialen Wohnungsbau auf Geringverdienerinnen und -verdiener zu beschränken. In Wien hingegen erhält jede Person mit einem Gehalt von bis zu 3170 Euro pro Monat, die sich beim Wiener Gemeindebau um eine Wohnung bewirbt, Beratung und Vermittlung der Wohnung unentgeltlich. Und noch eine Besonderheit bietet das Wohnrecht in Wien: Sollte jemand zwar als Geringverdiener eine Wohnung beziehen, aber im Laufe der Jahre vermögend werden, droht mitnichten die Kündigung des Mietvertrages. Das Wiener Wohnrecht beinhaltet quasi eine Unkündbarkeit. So ist es nicht verwunderlich, dass die Stadt Wien im Jahr 2016 zum siebten Mal hintereinander zur lebenswertesten Stadt der Welt gewählt wurde.“

Timo Kühn

Über die Grausamkeiten des Kapitalismus und sein baldiges Ende

Ein Merkmal des Neoliberalismus ist die Vereinzelung, Identität statt Gemeinsamkeit, Rückzug ins Private. Nur mit Gemeinsamkeit kommen wir zu Verhältnissen, die für alle Basis für ein gutes Leben sind. Doch das lauteste Instrument im Orchester ist gerade die Fremdenfeindlichkeit. Mit Neoliberalismus hätten es unsere prähistorischen Vorfahren nie nach Europa geschafft. Nur gemeinsam ist ihnen das gelungen. Fremdenfeindlichkeit ist aber nicht einfach die sinnlose Entscheidung Einzelner, feindlich zu sein. Sie ist eine abwehrende Schutzmaßnahme gegen eine unverständene, feindliche Welt, die die Individuen als unsolidarisch erleben. Dass sie politisch ausgenutzt wird, ist eine Folgewirkung, aber nicht die Ursache. Mit den Flüchtlingen rückte auch die allgemeine Wohnungsnot wieder mehr in den Fokus. Weit über den Kreis der Menschen hinaus, die in prekären Verhältnissen leben, ist menschenwürdiges Wohnen häufig nicht finanzierbar. Ob man als Single immer noch in einer WG lebt, weil man sich eine Wohnung für sich allein nicht leisten kann, oder das Paar, das schon lange nicht mehr glücklich miteinander ist, wegen der Wohnung zusammen bleibt. Und die Kleinfamilie im geliebten Kiez verzichtet auf das zweite Kind. Denn sie will nicht in das ländliche Umfeld ziehen, weil man dort Jahre braucht, um heimisch zu werden. Das sind nur Beispiele.

Und was ist das für ein armseliges System,

das eine Frau mit einer miesen Rente im Alter zwingt Wohnung und Kiez zu verlassen, weil sie die Miete nicht mehr zahlen kann? Das tut weh! Dieses System fügt den Menschen Schmerzen zu. Im Grunde ist dies eine moderne, gesichtslose Form von „Folter“, unter der man schließlich die Wohnung verlassen muss. Diese Frau kann wählen zwischen Obdachlosigkeit im alten Kiez und Entwurzelung mit einem Dach über dem Kopf im Irgendwo, das sich gerade anfühlt wie nirgendwo. Das kommt dem nahe, was Friedrich Engels einmal über die Sklaverei sagte: „Für einen Gefangenen, der damit rechnen musste, getötet zu werden, war die Sklaverei ein Fortschritt“. Es war der Kapitalismus, der herausfand, dass man seine „Sklaven“ sogar verhungern lassen kann, wenn man sie zu Lohnabhängigen macht, die jederzeit ersetzbar sind. Doch aus diesen grausigen Anfängen des Kapitalismus entwickelte sich die Gesellschaft, in der wir leben. Die Wurzel ihrer beispiellosen Dynamik ist die fortwährende Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, der Klassenkampf zwischen dem besitzenden Großbürgertum und der Arbeiterklasse. Obgleich viele etwas anderes wahrnehmen, dieser Klassenkampf dauert an. Objektiv hat sich die Position der Arbeiterklasse verbessert. Sie steht dem Kapital schon lange nicht mehr nur als Produktivitätsfaktor gegenüber, sondern als Konsument. So hält die Arbeiterklasse auf zweierlei Weise das System am Leben. Sie lässt es zu, dass

sich das Kapital den Mehrwert aus Lohnarbeit aneignet, und sie realisiert diesen, indem sie am Markt als Käufer auftritt. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dass das so bleibt. Allein jahrzehntelange Gehirnwäsche verhindert, dass diese Erkenntnis in die Köpfe gelangt. Das Kapital weiß das und zittert davor. Die Kapitalistenklasse ist schlichtweg überflüssig geworden. Dem Kapitalismus ist die Dynamik abhandengekommen. Die letzten weitreichenden qualitativen Innovationen stammen aus dem vorigen Jahrhundert. Der Kapitalismus stottert in die Bedeutungslosigkeit. Deshalb, so richtig die Forderung der Partei DIE LINKE ist, das Wohnen als Grundrecht in das Grundgesetz aufzunehmen, der Kapitalismus und der bürgerliche Staat sind alles andere als die Garanten dafür, dass es umgesetzt wird. Darum ist die Forderung heute zu stellen, die SAGA von einer Geldmaschine des Senatshaushaltes in eine gemeinnützige kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu verwandeln, die Sozialwohnungen baut, die Hamburg jetzt dringend braucht. Es ist stets daran zu erinnern: ein Hamburg ohne Sozialschwache ist möglich! Wir werden niemals akzeptieren, dass sich nur Reichtum und Armut vererben lassen, Wir wollen den Kindern kein Paradies hinterlassen – gleichwohl aber Gemeinsamkeit und Solidarität. In einem solchen Umfeld, wo es nichts zum Spalten gibt, kann der Kapitalismus nicht überleben. Wir werden ihn nicht vermissen.

Heinz-Dieter Lechte



Am Schreibtisch nachgedacht. Foto: Heinz-Dieter Lechte

Die schwarze Katze



Die Landesarbeitsgemeinschaft Armut und Arbeit in der Partei DIE LINKE. Hamburg hatte mit einem sehr informativen Flugblatt für den 25.10.2016 in den Bürgertreff Altona- Nord zum Thema: Arbeitslosen- und Jobber-Bewegung in Hamburg, in den Jahren 1980-1990, eingeladen. Die Schwarze Katze las man im Flugblatt war das inoffizielle Symbol der 1905 in Chicago gegründeten Gewerkschaft Industrial Workers of the World, auch als Wobblies bekannt, mit der sich die Jobber-Bewegung verbunden fühlten. Als die Moderatorin Siri Keil die Veranstaltung eröffnete, saßen an ihrer Seite die damaligen Aktivisten und Referenten des Abends Dirk Hauer und Ronny Priess. Unter den gut 50 Besuchern befand sich neben Rainer Benecke, dem Landessprecher der Partei, auch Heinz-Dieter Lechte. Redakteur der ALiNa. Sie wurden Zeugen einer bemerkenswert gelungenen Veranstaltung. Nachfolgend ein Gespräch der beiden über die Veranstaltung.

Dieter: Dirk und Ronny haben sehr anschaulich aus ihrer Zeit in den Hamburger Jobber-Initiativen berichtet. Ronny schreibt im Flugblatt: „Mit dem Mittel der begrenzten Regelverletzung gelang es, eine ganze Weile viele Menschen zu bewegen, sich selbst zu organisieren gegen Behörden- und Unternehmerwillkür. Damit haben die Erwerbslosen und Jobber für

viel Unruhe in der Stadt gesorgt und vielen Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte geholfen und so zu einem besseren Leben vieler Menschen beigetragen“. Und Horst Schneider von der LAG schrieb deshalb : „Wir werden zu ergründen versuchen, ob und wie wir an den Widerstand der „Schwarzen Katze“ anknüpfen können“. Denn auch damals waren sie „nur“ 120 Aktivisten, die aber auf Maidemos bis zu 3000 Menschen um sich sammeln konnten. Die Besonderheit der Erwerbslosen und Jobber Initiativen in Hamburg bestand in ihrer konsequent internationalistischen Ausrichtung, in der sie die Flüchtlinge und Migranten von Anfang an in ihre Arbeit einbezogen; und in ihrer Haltung Arbeitende und Nichtarbeitende gemeinsam organisieren zu wollen. „Eine Organisation allein am Punkt Erwerbslosigkeit, macht keinen Sinn“, sagte Ronny. „Nur der gemeinsame Kampf wird Erfolg haben.“ Dirk sagte: „Ich verstand mich damals als Berufsrevolutionär. Wir wollten nicht nur ein Stück vom Kuchen, sondern die ganze Bäckerei, und wir wollten nach eigenen Rezepten backen.“ Nun haben aber die beiden Aktivisten selber auf eklatante Unterschiede zur heutigen Situation hingewiesen. Die Verhältnisse haben sich deutlich verschärft. „Heute ist es viel härter, arbeitslos zu sein“, sagte Dirk.

Rainer: Auch ich fand diese Veranstaltung bemerkenswert. Gut, dass erfolgreiche Bewegungen aus unserer jüngsten Vergangenheit für ihre Verwendung in den aktuellen Auseinandersetzungen hin überprüft und diskutiert werden. Allerdings: In den

achtziger Jahren gab es nicht die Agenda 2010. Diese Gesetze, deren Kern die Hartz-IV-Gesetze sind, haben dafür gesorgt, dass die BezieherInnen dieser Leistung außerhalb der Gesellschaft gestellt werden. Es wurde ihnen bei längerer Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenhilfe genommen. Es blieben ihnen nur noch Leistungen auf Sozialhilfeniveau. Ich auf der Veranstaltung gesagt, dass sich damit eine Verachtungskultur breit gemacht hat, die es damals in dem Maß nicht gab. Verachtung bedeutet Einschüchterung. Und darum ist es bemerkenswert, dass es um die Sanktionen, die von den Jobcentern gegenüber den ALG-II-Bezieherinnen ausgesprochen werden, Proteste und Aktionen in Hamburg gibt. Übrigens: Die aktuellen „Erhöhungen“ der Regelsätze um 5 Euro sind ein Beispiel für diese Verachtung.

Dieter: Die Jobber haben damals offensichtlich nicht zugelassen, dass sich ein Widerspruch zwischen ihren linksradikalen Positionen und ihrer „Sozialarbeit“ postulierte. Das fand ich bemerkenswert. Die Gruppe lehnte sowohl das sehr weit verbreitete elitäre Gehabe der autonomen Szene ab, wie auch das Alltagsgewurstel vieler reformistisch geprägter Gruppen und Parteien.

Rainer: Das ist auch gut so. Wir müssen heute vor dem Hintergrund der sozialen Spaltung in unserer Stadt als Partei daran arbeiten, dass sich sowohl die rund 11 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger, die Hartz-IV beziehen, die 285.000 statistisch armen Menschen in der Stadt, die 3,1 Prozent der armen Rentnerinnen und Rentner als auch diejenigen, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben, gemeinsam gegen die soziale Spaltung und ihre Gefahren für



Im Bild: Moderatorin Siri Keil und die beiden Referenten der gut besuchten Veranstaltung Dirk Hauer und Ronny Priess. Foto: Horst Schneider

die Mehrzahl der Menschen in Hamburg zur Wehr setzen. Da ist die Mietenpolitik das Kettenglied, denn die Höhe der Mieten in Hamburg sorgt in breiten Bevölkerungsschichten Monat für Monat für Angst: Bloß die Miete noch bezahlen können, bloß nicht umziehen müssen, bloß nicht abrutschen. Hamburg als Stadt für die Reichen, die ganz Rechen- das wird auch über die Mieten- und Wohnungspolitik realisiert.

Dieter: Mich hat überrascht, dass sie sogar ein Schulungszentrum mit Bibliothek aufgebaut haben. Sie waren ja verstreut über die Stadt in „Läden“ organisiert. Mich als Teamer für politische Bildung fasziniert das. Du hast ja auf der Veranstaltung in deinem Wortbeitrag auf die Rolle unserer Partei als verbindende Partei hingewiesen. Ich träume davon, wir könnten auch Orte für die Stadtteile sein, die Theorie und Praxis verbinden.

Rainer: Dafür braucht es Orte, auch im physischen Sinn. Die Rotstiftpolitik in Hamburg führt seit Jahren dazu, dass Stadtteilzentren schließen müssen. Und das, obwohl der Senat seit einigen Jahren Steuerüberschüsse vermeldet, 270 Millionen Euro sind es nach der aktuellen Schätzung. Dafür müsste auch die soziale Infrastruktur in den Hamburger Stadtteilen erhalten und entwickelt werden, Räume geschaffen werden, in denen das soziale Leben im Stadtteil stattfinden kann. Dort könnten sich Initiativen treffen und wir uns als Partei DIE LINKE ebenfalls. Das ist eine der Grundvoraussetzungen, um eine verbindende Partei zu sein: Diskussionen müssen geführt werden, Aktionen vorbereitet und Hegemonie angestrebt werden können.

Dieter: Einige ZuhörerInnen sind offensichtlich bei den Jobbern aktiv gewesen. Man blieb auch zusammen, wenn sich die Lebenssituation schon geändert hatte, weil man entweder studierte oder eine Festanstellung gefunden hatte. Jemand sagte, „man hat sich als Subjekt verhalten“. Ich interpretiere das so, dass man von der politischen Arbeit Entfremdung und Verdinglichung so gut es ging fern hielt. Ich fand beeindruckend, wie aus dem Forum der TeilnehmerInnen heraus für mich deutlich wurde, wie tief sie die Initiative als ganzer Mensch geformt hat. Ich spürte bei ihnen Dankbarkeit dafür, dass sie dabei sein durften.

Dirk sagte zum Schluss: „Das Konzept der Einbindung unserer Arbeit in Selbsthilfestrukturen der Linken hat lange Zeit gut funktioniert, aber nach dem Mauerfall 1989 konnten wir uns trotz unserer Nichtorientierung an den dortigen Sozialismus-Vorstellungen von der Schwäche der Linken nicht abkoppeln.

Zum Tod von Fidel Castro



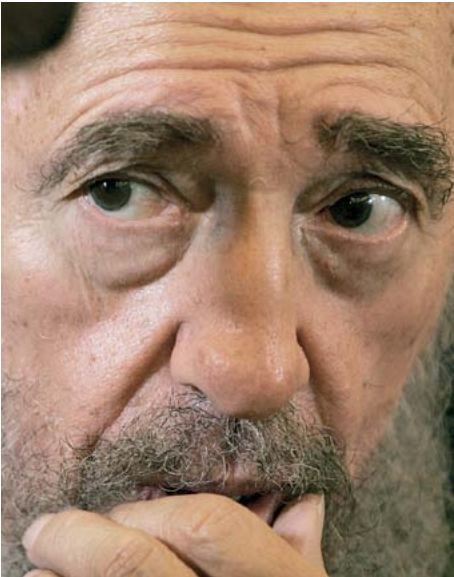
Kampf gegen das Unmögliche und Sieg. Parole in den Straßen Havannas. Sie erinnert an den Sieg über das korrupte Batista-Regime. Foto: Jim (von Wikimedia CC BY-SA 2.0)

Millionen Menschen in aller Welt, besonders im revolutionären Kuba, trauern um den Kommandanten der Kubanischen Revolution, Fidel Castro Ruz. Er starb am späten Abend des 25. November in Havanna. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba übermittelt ihr Beileid an die engsten Verwandten von Fidel, seine Nachkommen, an seine Geschwister, darunter den Staatspräsidenten Raúl Castro, an die Kommunistische Partei und an das ganze Volk Kubas.

Nur wenige Präsidenten können von sich sagen, das sie die Geschicke ihres Volkes so positiv beeinflusst haben wie Fidel Castro. Kuba ist heute ein Land frei von Analphabetismus, ein Land mit maximal möglicher gesellschaftlicher Gleichheit, mit politischer Partizipation auf allen Ebenen. Es handelt sich um eine Gesellschaft, die durch die Revolution, die angeführt wurde von Fidel Castro, heute auf dem Weg zum Sozialismus ist. Fidel Castro und das kubanische Volk haben der Welt gezeigt, dass es möglich und nötig ist, einen anderen Weg als den der kapitalistischen Gesellschaft des inneren und äußeren Krieges zu gehen: einen Weg der Solidarität und des Ausgleichs, in der alle das Recht und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe an Bildung, Gesundheit und Mitbestimmung haben. Gleichzeitig hat Kuba immer auch ein Beispiel für internationale Solidarität gegeben, das nahezu einzigartig in der Geschichte ist. Dabei hat Fidel seinen eigenen Internationalismus seinem Volk weitergegeben; bis heute sind viele Kubanerinnen und Kubaner stolz auf die internationalistischen Missionen, die zum Ende der Kolonien und der Apartheid im südlichen Afrika führten.

Und nach dem scheinbaren Ende der Systemauseinandersetzung blieb Kuba seinem Ideal treu: es entsendet Zehntausende Lehrerinnen und Lehrer, Zehntausende Ärztinnen und Ärzte in die Länder der Welt. In ihrer Erklärung zum 90. Geburtstags Fidel Castros am 13. August hat die FG BRD-Kuba gesagt, dass „die Solidarität stärker ist als der Irrationalismus, mit dem Kubas Revolution bekämpft wird. Diese Solidarität geht über den Menschen Fidel Castro, dem wir noch viele Jahre an der Seite seines Volkes wünschen, hinaus. Sie wird eines Tages auch sein Leben überdauern.“ Genau das wird sie tun. Die heute um ihn trauern, werden der Kubanischen Revolution am besten gerecht, wenn sie das Beispiel Fidel Castros fortführen, auf die Art, die ihnen möglich ist.

Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, 26. November 2016



Nachdenklicher Fidel Castro. Foto: Carol Crisosto Cádiz (von Flickr CC BY-SA 2.0)

AUS für „Rettet den Volksentscheid“

Olaf Scholz hat die Reißleine gezogen. Der Senat hatte das Verfassungsgericht angerufen, um dem drohenden Volksentscheid zu entgehen und war damit erfolgreich. Unsere Änderungsvorschläge verstießen laut Hamburger Verfassungsgericht gegen das „Kopplungsverbot“, mit anderen Worten, wir hätten für jede einzelne Änderung in der Gesetzesvorlage einen eigenen Volksentscheid anstreben müssen. Was schon absurd und wohl undurchführbar ist. Aber auch die einzelnen Änderungsvorschläge würden gegen das Demokratieprinzip verstoßen und die repräsentative (parlamentarische) Demokratie unzulässig einschränken. Das Übergewicht der parlamentarischen Gesetzgebung dürfe nicht in Frage gestellt werden. Besonders entlarvend ist, dass laut Urteil auch eine verständliche Sprache gegen die Verfassung verstößt. So forderten wir u.a. für Gesetze, Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine allgemein verständliche Sprache zu wählen, dies sei „... mit dem Gebot der Normenklarheit als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips unvereinbar.“ (so das Verfassungsgericht)

Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) sagte nach dem Urteil, sie freue sich, dass die Vorrangstellung der parlamentarischen Demokratie bestätigt worden sei. Das war das Ziel. Nachdem die Volksinitiative „Unser Hamburg, unser Netz“ gewonnen war und auch bei dem Olympia-Referendum das Volk sich anders entschieden hatte,

Gedanken zur direkten Demokratie

Das Auftauchen der ifi, „Initiative für erfolgreiche Integration“, an der sich auch Menschen beteiligten, deren Motiv Fremdenfeindlichkeit und Rassismus war, hat uns vom Trägerkreis der Volksinitiative „Rettet den Volksentscheid“ das Sammeln von Unterschriften erschwert. Entweder weil Leute uns mit der Ifi verwechselten und „gegen Flüchtlingsunterkünfte“ unterschreiben wollten oder weil andere dadurch inzwischen skeptischer gegenüber Volksinitiativen waren. Ich befürchtete auch, dass sich mit zunehmendem Auftreten der Ini eine Polarisierung am Thema Flüchtlinge hätte entwickeln können. Meine Sorge war, dass die Willkommenskultur mit den vielen freiwilligen HelferInnen in unserer Stadt in eine eher ablehnende Stimmung gegenüber den Flüchtlingen umschlagen könnte. Sollten wir deswegen die direkte Demokratie in Frage stellen? Klar ist, wenn wir uns für direkte Demokratie



Das Oberlandesgericht am Sievekingplatz, in dessen Räumen auch die Sitzungen des Hamburgischen Verfassungsgerichts stattfinden. Foto: Ajepbah (von Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0 DE)

als vom Senat und den Hamburger Eliten erwartet, durfte nicht noch eine weitere Volksinitiative erfolgreich sein. Von der Handelskammer wurde der Senat bereits Ende 2015 aufgefordert, die repräsentative Demokratie zu stärken und Führung zu übernehmen. Nach der Olympia-Niederlage wurde von OlympiabefürworterInnen nicht nur das Volk als unwissend, uninformiert und zu emotional abstimmend beschimpft, sondern es wurde auch hier der Untergang der parlamentarischen Demokratie an die Wand gemalt. Vor einer erneuten Niederlage musste der Senat also handeln. Nicht mit Argumenten, sondern mit einem Gerichtsurteil gegen die direkte Demokratie. So sieht Klassenjustiz aus. Falls das Verfassungsgericht nicht dem Senat gefolgt wäre, hatte dieser bereits vorgesorgt. Durch die Terminierung der

Gerichtsverhandlung wäre die dreiwöchige Sammelfrist für die 65 000 gültigen (d.h. vorsichtshalber 85 000) Unterschriften vom Frühsommer auf den Dezember verschoben worden; und hätte nämlich vom 14. 12.2016 bis zum 3.1.2017 stattgefunden. Damit hätten wir nicht nur in der kalten und dunklen Jahreszeit, sondern auch in den Schulferien und mit vielen Feiertagen an Weihnachten und Neujahr sammeln müssen. Das ist dann fairer Umgang des Senates gegenüber der Volksini!

Der Trägerkreis der VI „Rettet den Volksentscheid“, welcher aus über 20 Einzelinitiativen besteht, wird beraten, wie er weiter arbeiten kann. Wer sich genauer informieren möchte, kann dies unter „www.rettetden-volksentscheid.de“ tun.

Marlit Klaus (Mitglied im Trägerkreis der Volksinitiative „Rettet den Volksentscheid“)

ihrer Wohngegend halten und haben Befürchtungen um den Wertverlust ihrer Eigentumswohnungen oder Häuser. Ich glaube, im Nachhinein können wir froh über diese Initiative sein, denn die unzufriedenen Menschen gab es ja. Die Initiative ist u.a. aufgrund der Ignoranz des Senates zustande gekommen, der die AnwohnerInnen nicht mit in die Planung einbezogen hatte. Es musste allerdings gar nicht zum Volksentscheid kommen, da durch den schnellen Erfolg der ersten Stufen der Initiative, der Senat sich gezwungen sah, Verhandlungen aufzunehmen, was m.E. klug war.

Die Initiative selber erfuhr sehr viel Kritik und musste sich mit ihr auseinandersetzen. Sie hat sich unter diesem Druck entschieden von der AfD abgegrenzt und damit auch dem rechten Rand Raum für fremdenfeindliche Stimmungsmache genommen. Dadurch, dass die Stadt die Initiative ernst nahm und auf die Forderungen der Initiative z.T. einging, wurden auch rechte Stimmungen und Bewegungen kanalisiert.

Marlit Klaus

Teutonia 05 – Breitensport sitzt auf der Bank

Der FC Teutonia 05 wurde, wie der Name nahelegt, 1905 gegründet. Das heißt, in diesem Jahr wurde er 111 Jahre alt, eine Schnapszahl, auf die man mit ebenjenem ordentlich auf den alten Herren anstoßen könnte, wenn da nicht... ja, wenn da nicht etwas gut Gedachtes sich nun in sein Gegenteil verkehrt zum Nachteil des Vereins entwickelt hätte.

Als ich meine beiden Söhne 2014 bei Teutonia 05 anmeldete, war es Herbst in Hamburg. Mein Wunsch war, dass sie einen Verein haben, den sie zu Fuß erreichen können, so dass sie selbständig zum Training gehen können, ohne Fahrservice. Zudem gefiel mir das Konzept des Vereins – kein Vorspielen, keine Auswahl. Wer trainieren möchte, darf kommen, und nicht nur die „Begabten“. Oft waren die Gruppen voll und unübersichtlich, aber ausgeschlossen wurde niemand. Das gefiel mir und das unterstütze ich immer noch.

Hallenzeiten in Hamburg zu bekommen ist immer eine schwierige Sache, aber was solls, von zwei Trainings kann eines ruhig draußen stattfinden, das hält die Kinder fit. Also stand ich bei früh einsetzender Dunkelheit am Spielfeldrand des Platzes an der Kreuzkirche, von den Mitgliedern „Kreuze“ genannt, wo die Kleinen sich auf dem Grandplatz die Bälle zubolzten. Im Laufe des Winters wurde es so kalt, dass ich beschloss, mich dem Sportsgeist der Lütten anzuschließen und um den Platz zu joggen. Und da reformierte sich mein Bild vom Grandplatz – natürlich kann man dort spielen, aber im Sommer spielt (oder liegst) du im Staub und im Winter im Matsch.

Als dann 2015 vom Beirat Bezirklicher Sportstättenbau das Ja zu Kunstrasen kam, waren wir alle froh und warteten sehnsüchtig auf den Baubeginn. Die Altonaer Bezirkspolitik war sich einig – der neue Belag soll finanziert werden. Der Bauantrag des Bezirksamtes wird vom Bauamt genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass es sich bei den Veränderungen um einen Neubau handele und somit ein Lärmgutachten vonnöten sei.

Das Merkblatt Altanlagenbonus bei Sportanlagen vom 01.08.2014 (herausgegeben von der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) besagt jedoch, dass die baulichen Veränderungen sich nicht auf den so genannten „Altanlagenbonus“ auswirken (nach § 5 Absatz 4 der 18. Bundes-Immissionsschutzverordnung (BimSchV)), da der Verein lange vor der dann folgenden Wohnbebauung an Ort und Stelle war. Zu den Maßnahmen, die in der Regel nicht zu einem Verlust des Altanlagenbonus führen,

gehört auch die „Sanierung und Modernisierung (wie z. B. die Umwandlung von Tennen- oder Rasenspielflächen in Kunststoffrasenspielflächen)“ – Alles gut, so schien es. Vom erstellten Lärmgutachten, das auf der Annahme beruht, dass Lärmgrenzwerte wohl überschritten würden, ist bis dahin wenig durchgedrungen. Die Baugenehmigung wird erteilt – jedoch mit zeitlichen Einschränkungen. Der Verein wusste davon bis dahin nach eigener Aussage nichts.



Zahlreicher Protest gegen den Lärmschutz-Irrsinn vor dem Altonaer Rathaus. Foto: Mandy Gutierrez Plasser

Im August 2016 beschwerte sich nun eine Anwohnerin aus dem Hohenzollernring, deren Wohnung sich schräg gegenüber des Platzes befindet, getrennt durch den – vierspurigen – Hohenzollernring, beim Altonaer Ordnungsamt über die Lärmbelästigung. Und die Dinge nahmen ihren Lauf. Das Amt stößt auf das Lärmgutachten (welches jedoch ohne Messungen stattgefunden hat) und die Spielbetriebsbeschränkungen und bewegt das Bezirksamt zur Anweisung der Spielzeitbegrenzungen. Miteinander geredet wurde, wie so häufig, leider nicht.

Die Nutzungszeiten der „Kreuze“ wurden daraufhin drastisch eingeschränkt: Die Abendspielzeit wurde von 21:30 auf max. 21 Uhr gekürzt, schwerwiegender sind aber die Einschnitte am Wochenende: samstags darf die Anlage 300 min und sonntags 180 min genutzt werden, hierbei sind Anreise, Umkleiden etc. eingeschlossen. Zudem muss die Mittagsruhe von 13-15 Uhr eingehalten werden. Die Heimspiele müssen somit meist woanders ausgetragen werden, und viele spielen nun wieder auf einem Grand(!)platz - in der Memellandallee.

Die Gemengelage ist dabei nicht so einfach. Zum einen stehen hier Partikularinteressen gegen Interessen der Allgemeinheit. Der Verein hat ca. 600 Mitglieder, davon ca. 450 Kinder- und Jugendliche, viele mit Migrationshintergrund. Das sportliche Leben von 600 Spielern wird also durch die Inte-

ressen einer Person eingeschränkt. Aber selbst, wenn die Beschwerdeführerin ihre Kritik zurücknähme, würde das am Lauf der behördlichen Dinge etwas ändern? Interessant ist, warum eine „angenommene“ Überschreitung der Lärmgrenze ausreicht, um Spielzeiteinschränkungen zu verhängen. Mitte September sollte eine tatsächliche Lärmmessung stattfinden, aber bis Anfang November ist auch dies immer noch nicht geschehen. Vorstand und Spieler üben sich seitdem in Geduld.

Auch die Klassifizierung von Sportgeräuschen als Lärm kann man natürlich hinterfragen (ebenso wie die Geräusche spielender Kinder, ob in einer Kita oder auf einem Spielplatz.) Bei Großveranstaltungen, deren Nutzen oft zweifelhaft erscheint, ist man dort weniger zimperlich.

Es gab von vielen Seiten Aufmerksamkeit und Protest; der Verein und die Posse um die Spielzeiten waren bei extra3, in Abendblatt und Mopo zu lesen. Auf der vom Verein organisierten Demo am 23.09. waren 1000 TeilnehmerInnen. Aber wie geht es nun weiter? Die Nutzungszeiten am Samstag sind mittlerweile gelockert worden. Da wir uns im Herbst in der Hallensaison befinden, wird es brisant, wenn die Spieler im März komplett wieder an die Kreuze zurückkehren. Zum anderen ist das Lärmschutzgutachten abzuwarten. Aber was ist, wenn es für den Verein negativ ausfällt? Die Sache könnte an höherer Stelle entschieden werden, und zwar mit dem Entwurf der Änderungsverordnung zur 18. Bundesimmissionsschutzverordnung, die seit 2014 vorliegt und nach Anhörung der Länder und Verbände der Abstimmung mit den Bundesressorts harrt. Bundeskabinett, Bundesrat und Bundestag sind dann auch noch mit von der Partie – aber bis dies geschieht, kann noch so manche Spielzeit ins Land gehen...

Mandy Gutierrez Plasser

Tausende Linke nahmen Abschied von Dario Fo



Nobelpreisträger Dario Fo in Mailand.
Foto: Michael Edwards (von Flickr / CC-BY-SA-2.0)

Dario Fo war ein vielseitiges Talent: Linker Aktivist, Schreiber politischer Theaterstücke, Regisseur, Schauspieler, Komödiant, ein Meister der Pantomime, Erzähler, Sänger, Maler, Kostüm- und Bühnenbildner. Bis zuletzt mischte Dario Fo sich ein und klagte die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse an. Im Frühjahr war er 90 Jahre alt geworden, aber kein bisschen leise. Dario Fo wurde 1926 in einer kleinen norditalienischen Gemeinde nahe der Schweizer Grenze geboren und ging dann später nach Mailand. Fos Eltern waren während des 2. Weltkrieges im antifaschistischen Widerstand aktiv und halfen politisch Verfolgten und Deserteuren in die Schweiz zu fliehen. Untrennbar verbunden mit der Arbeit von Dario Fo ist Franca Rame, seine Lebens- und Arbeitsgefährtin, mit ihr hat er einen Sohn. Sie verstarb bereits 2013. Gemeinsam schrieben beide Theaterstücke und brachte sie auf die Bühne. Als er 1997 den Nobelpreis für Literatur erhielt, sagte Dario, die eine Hälfte des Preises gehöre Franca. Sie widmeten den Preis allen Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Dario war den Herrschenden stets unbequem, wegen Beleidigung und Verhöhnung sah er sich zahlreichen Gerichtsverfahren ausgesetzt und wurde sogar mehrmals direkt von der Bühne aus verhaftet. Nach Interventionen der Kirche und des Staatsapparates wurden häufig Radio- und Fernsehsendungen sowie Theaterstücke abgesetzt. Zeitweise standen kaum noch Auftrittsorte zur Verfügung. 1968 gründeten Franca und Dario das Theaterkollektiv „La Comune“. Aber am liebsten spielten beide in Betrieben, vor Supermärkten, an Bushaltestellen und in Fußgängerzonen. Anfangs arbeitete Dario für den Lebensunterhalt nebenbei

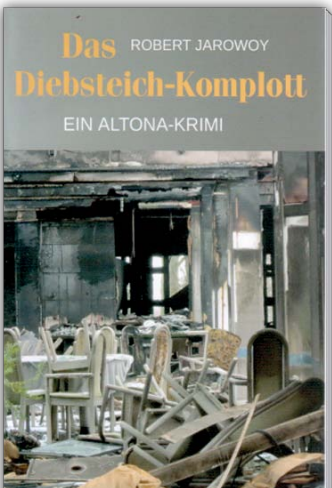
noch als Dekorateur oder Assistent eines Architekten. Mir hat Dario Fo das Theater nahe gebracht. Als Jugendliche sah ich „Wie es euch gefällt“ und „Was Ihr wollt“ von Shakespeare und fand es total langweilig. In den 1970er Jahren wurden am Schauspielhaus und im Malersaal etliche Stücke von Fo aufgeführt. Ich war begeistert. So konnte also Theater auch sein! Er stand stets auf Seiten der Unterdrückten und hat es in besonderer Weise verstanden die Mächtigen lächerlich und damit klein zu machen. Wer Stücke von Franca und Dario gesehen hat, weiß wie sehr sie das Publikum zum Lachen gebracht haben, obwohl die Stücke einen ernsten und auch tragischen Hintergrund hatten, wie z.B *Der zufällige Tod eines Anarchisten*. Das Stück hat einen realen Hintergrund – wie viele Stücke. Während des Polizeiverhörs eines Anarchisten fällt dieser angeblich zufällig aus dem Fenster. Oder *Hohn der Angst*. Das Stück spielt in der Zeit der Roten Brigaden und erzählt die Geschichte einer missglückten Entführung eines Konzernchefs. Durch einen Unfall wird dieser total entstellt, erhält durch Chirurgen ein neues Gesicht und ähnelt danach zum Verwechseln einem Arbeiter dieses Konzerns. Das führt zu etlichen Verwirrungen. In *Bezahlt wird nicht* geht es um die unentgeltliche Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Supermarkt. Durch verschiedene Figuren wird auf komische Weise die Auseinandersetzung zwischen Revolte und Veränderung durch Parlamentsarbeit geführt. Um nur einige weitere Stücke zu benennen: „Offene Zweierbeziehung“, „Einer für Alle, Alle für Einen“ oder „Hilfe, das Volk kommt“. 1977 habe ich Dario Fo im Audimax erlebt. Nach der Todesnacht in Stammheim mit drei toten RAF-Mitgliedern (Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe wurden am nächsten Morgen tot in ihren Gefängniszellen aufgefunden; Irmgard Möller überlebte schwerverletzt.) war Dario nach Hamburg gekommen, um die Todesversion „Suizid“ der Herrschenden zu entkräften. Die Wenigsten von uns verstanden Italienisch, aber durch die Art seines Vortrages mit Gestik und Mimik haben wir alles verstanden. Und trotz des schockierenden Anlasses ist es ihm auch da wieder gelungen, durch seinen Witz die Herrschenden auf der Bühne zu entmachen. Mit dem italienischen Partisanenlied „Bella Ciao“ nahmen am 15.10.16 Tausende Linke in Mailand Abschied von Dario Fo.

Marlit Klaus

Das Diebsteich-Komplott

Ein Krimi von Robert Jarowoy, erschienen im Frühjahr 2016
„Der Fraktionschef der Linken, Robert Jarowoy, rechnet in seinem Roman mit Spekulanten und Politikern ab. Hamburg. Das Feuer machte in der ganzen Stadt Schlagzeilen: Im März 2015 wurde das Traditionslokal Bahnenfelder Forsthaus ein Raub der Flammen, übrig blieb nur eine rauchende Ruine. Schnell stellte sich heraus, dass Brandstiftung dahintersteckte. Über allerlei Betrügereien wurde monatelang geflüstert, doch die genauen Hintergründe blieben im Dunkeln. Bislang jedenfalls. Denn der griechische Ex-Polizist Manolis Stephanopoulos konnte jetzt Licht ins Dunkel bringen. Mithilfe höchst ungewöhnlicher Ermittlungsmethoden deckte er ein fieses Komplott aus Bauherren, Investoren und Bezirkspolitikern auf, die vor nichts zurückschrecken, um ihre Interessen durchzusetzen. So logisch diese Erkenntnisse manchem auch erscheinen mögen – wirklich gerichtstauglich sind sie nicht. Denn Stephanopoulos gibt es nur auf dem Papier. Er ist die Hauptfigur im neuen Krimi des Ottensener Autors, Politikern und Biokäsehändlers Robert Jarowoy. Der Fraktionsvorsitzende der Linken in der Bezirksversammlung Altona hat schon fünf Krimis geschrieben und alle im Selbstverlag veröffentlicht. Stets spielen sie in Hamburg. In allen Büchern prangert Jarowoy angebliche Machenschaften in den Hinterzimmern der Macht an, stets wird ein realistisches Szenario mit einer fiktiven Handlung verbunden. Im neuen Buch geht es um den Brand des Lokals Diebsteicher Forsthaus in Bahnenfeld. Titel: „Das Diebsteich-Komplott. Ein Altona-Krimi“. Noch viel deutlicher als bisher baut Jarowoy seine Erfahrungen als langjähriger baupolitischer Sprecher seiner Fraktion in die Handlung ein. (...)“

Eine Rezension aus dem Hamburger Abendblatt, August 2016



Bücherkiste Links



„Oha, riecht das alles nicht nach Sozialismus?“

Ja! und noch fünf Gründe dieses Buch sofort zu kaufen:

- es ist vom Format so klein, dass es in jede Jackentasche passt,
- es kostet nur € 9,90 und hat trotzdem 184 Seiten in lesbarer Schriftgröße,
- Patrick Spät, der Autor, wird seinem Namen gerecht: er ist ein spätgeborener Marxist, Jahrgang 82.
- Das Buch ist gut. Richtig gut. Eine Abrechnung mit dem Kapitalismus.
- Es liefert faktenreich Grundwissen zur Einordnung des Kapitalismus - historisch, theoretisch und praktisch.

„11 Kehrseiten des Kapitalismus“ so lautet der Untertitel des Buches. Das ist irreführend, denn bei Patrick Spät hat der Kapitalismus nur Kehrseiten. Nassforsch, knallhart, im rasanten Tempo flott erzählt, lässt er kein einziges gutes Haar am Kapitalismus. Die Frage, ob und wie sich die enorme Produktivkraftentwicklung auch ohne den Leidensweg Kapitalismus hätte entwi-

ckeln können, stellt sich ihm nicht. Dafür schildert er anschaulich die Grausamkeiten der ursprünglichen Akkumulation – besonders am Beispiel der Umwandlung von Gemeineigentum in Privateigentum, der Entwurzelung der Landbevölkerung durch Raub und Lohnsklaverei bis hin zu den aktuellen Verbrechen an Mensch und Natur durch das System Kapitalismus. Zu künftigen Entwicklung sagt der Autor: „Die Kapitalakkumulation gerät zwangsläufig ins Stottern, wenn es keine Arbeiter mehr gibt, die Lohn erhalten und dann als Konsumenten das Kapital füttern, wie auch Marx betonte.“ (Wer es nachlesen möchte: Das Kapital, Band 1, MEW, Bd. 42, S. 601f.) Vor den Folgen der Automatisierung in der dritten industriellen Revolution, der digitalen, warnen nicht nur marxistische Denker, sondern auch einige Vertreter des Kapitalismus selbst. Zum Beispiel der liberale Ökonom Tyler Cowen. Er erwartet, dass zukünftig eine Elite von 15% der Beschäftigten alle globalen Produktionsprozesse leiten wird. Patrick Spät sagt dazu: „Es ist ein Paradox der Gegenwart: die Arbeitsreligion hat gerade zu dem Zeitpunkt den Status einer Staatsreligion erlangt, als die Arbeit abstirbt.“ Viele Zitate verweisen auf Robert Kurz, die Gruppen Krisis und Exit – Kritiker der „Arbeitsideologie“. Verweise auf Murray Bookchin, David Graeber Emma Goldman u.a. sprechen LeserInnen an, die sich als Anarchisten sehen. Doch Marx und Engels huldigten nun wirklich nicht der Lohnarbeit. Im Gegenteil, sie haben die Entwicklung zum Ende der Lohnarbeit vorausgesehen und bejaht. Je mehr freie Zeit jeder für sich, für Kultur, die Familie und die Gesellschaft hat, desto besser. Das sahen sie nicht anders als Patrick Spät. Der wollte wohl am liebsten in einer anarchistisch-kommunistischen Welt leben. Das spricht meines Erachtens den einzig aktuell relevanten Widerspruch zwischen Marxismus und Anarchismus an: die

Staatsfrage. Mehr dazu im Buch. Wer sich eine Basis für eine eigene Meinung schaffen will, dem empfehle ich „Der Staat“ von Frank Deppe. Dieser fundierte Band, 118 Seiten, erschienen bei Papy Rossa, kostet auch nur € 9,90. Das Buch legt Wert darauf, dass bei aller berechtigten Kritik an den Abzockern des Finanzkapitalismus nicht der Eindruck gestützt werden darf, es gäbe einen anständigen, guten Kapitalismus, der nur mit anständigen Menschen besetzt sein muss, und alles ist gut. „Kapitalismuskritik ist blind und zahlos, wenn sie nur auf Menschen abzielt.“ Auch die aktuelle Krise ist eine Überproduktionskrise. Jede – selbst noch mit einem Einkommen am unteren Ende der Mittelschicht, die gerne mal ihre alten elektronischen Stromfresser gegen neue Geräte eintauschen würde, weiß, das geht nur im Tausch gegen Geld, das sie nicht hat. Das ist das Wesen von Überproduktion. Es gibt nicht zu viele Kühlschränke. Es gibt zu wenig Menschen, die sie bezahlen können. Der Kapitalismus wird gern der menschlichen Eigenschaft des Gewinnstrebens zugerechnet, also als mehr oder weniger zwangsläufig wahrgenommen. Dafür gibt es im Buch ein schönes Beispiel mit dem Falschparken. Wer würde sich nicht an den Kopf fassen, es würde behauptet werden, das sei kein Effekt der Straßenverkehrsordnung, sondern eine menschliche Eigenschaft. Der Kapitalismus spiegelt weder eine menschliche Eigenschaft noch ist er alternativlos. Spät sagt mit einem Zitat, es sei inzwischen einfacher, sich das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorzustellen. „Deshalb ist es wichtig, sozialpolitische Utopien wie den Anarchismus oder Kommunismus am Leben zu halten. Denn nur mit solchen Ideen und Erzählungen können sich die Menschen überhaupt daran erinnern, dass eine andere Welt möglich ist.“

Heinz-Dieter Lechte

Soli-Kalender für 2017

Pro Wohnen Ottensen (Zeise 2) hat einen Kalender für 2017 erstellt, der in limitierter Auflage im Handel erschienen ist. Für das kommende Jahr 2017 haben sie über den Stadtteil-Tellerrand hinaus gesehen: Gentrification, Soziale Spaltung, Demokratie, Umweltverschmutzung, Waffenexport, Atomtransporte – diese Themen haben sie mit Fotomontagen visualisiert. Der Kalender hat 15 Blätter im Format 30 x

30 cm mit Spiralbindung. Auf den letzten beiden Seiten gibt es kurze Texte mit Verweis auf Webseiten von Aktiven. Der Kalender kostet 10 €. „Pro Wohnen Ottensen“ begleicht vom Erlös die Klagekosten gegen den Bau des Bürogebäudes auf dem Zeiseparkplatz. Weiteres zum Kalender und wo Ihr/Sie ihn kaufen könnt unter: <http://www.pro-wohnen-ottensen.de/2016/10/soli-kalender-2017-stadt-geld-fluss/>



Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegienaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg, Fachforum der Linken

Jeden ersten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
im Mai 2016 ausnahmsweise am zweiten
Donnerstag (12.05.2016)
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
jeden ersten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im El Brujito, Amundsenstr. 25, 22767 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im AWO Seniorentreff, Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte

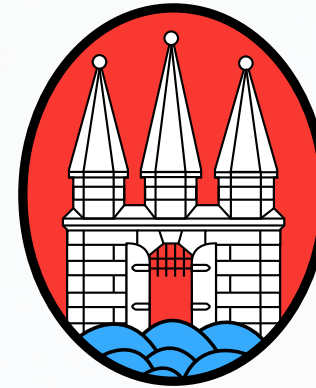
Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Flottbek

Hasan Burgucuoglu, Telefon 0176-49380450 oder
Nico Scharfe, Telefon 0176-49151942
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),
Böverstland 38, 22547 Hamburg



NACHRICHTEN AUS DER BEZIRKSFRAKTION DER LINKEN ALTONA

Ausgabe Winter 2016

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de

Mail: info@die-linke-altona.de

Tel.: 040 – 41 35 85 20

Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg

Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

V.i.S.d.P. Beate Reiß, Am Felde 2, 22765 Hamburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autoren verantwortlich

Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona

Druck: Onlineprinters GmbH, 91413 Neustadt a. d. Aisch

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Die ALiNa-Redaktion:

- Hasan Burgucuoglu,
- Irfan Cüre,
- Birger Gente (Satz und Layout)
- Metin Kaya,
- Marlit Klaus,
- Heinz-Dieter Lechte,
- Nico Scharfe,
- Volker Vödisch
- Korrekturgelesen von Werner Haertel

Die Beschreibung zum Titelbild:

Aufgenommen am 12. Oktober diesen Jahres von Hinrich Schultze in einem der ehemals westlichen Stadtteile von Cizre. Die angesprochenen Stadtteile waren einst eng bebaut. Nach Beendigung der Kämpfe erfolgte dort die entgeltige Enteignung der kurdischen Bevölkerung durch das Erdogan Regime inklusive Verwandlung dieser Stadtteile per Bulldozer zur Steinwüste.

Wie jedes Jahr ...



Viel Spaß für Groß und Klein gab es am 03.10. beim Schachturnier im Parteibüro, Am Felde. Foto: Marlit Klaus

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Tag der Würde und des Respekts vor dem Volk der Roma

Die folgende Rede hielt Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, in der Altonaer Bezirksversammlung am 27.10.2016. Er berichtet darin über die Situation der Flüchtlinge in Altona und fordert einen Empfang für die Altonaer Roma am internationalen Roma-Tag.

„Sehr geehrte Frau Bezirksamtsleiterin, sehr geehrtes Präsidium, werte KollegInnen, liebe Öffentlichkeit!

Wir haben mit unserem Sonderausschuss Flüchtlinge nun einige Einrichtungen der Erstaufnahme (Schnackenburgallee und Albert-Einstein-Ring) sowie verschiedene der Öffentlich-rechtlichen-Unterbringungen (sog. Folgeunterbringungen) besucht. Einige waren sehr gut, z.B. Holmbrook oder Sieverstücken, andere äußerst deprimierend, insbesondere die Unterkunft in der Waidmannstr. Das Hauptproblem in diesen Unterkünften ist allerdings nach der Auflösung der Zeltlager und Baumärkte nicht die Unterbringung, sondern die Perspektive der dort lebenden Menschen. Insbesondere derer, die nur eine Duldung haben, denn eine Duldung ist keine „kleine Aufenthaltserlaubnis“, sondern lediglich die Außervollzugssetzung der Abschiebung aus besonderen Gründen, die jederzeit ohne Einspruchsmöglichkeit vollzogen werden kann. In der Regel morgens um 4 durch die Polizei hin zum Abschiebeknast am Hamburger Flughafen.

Z.B. weil die Betroffenen Flüchtlinge aus Afghanistan sind, das im Begriff ist, durch die Bundesregierung als „sicheres Herkunftsland“ eingestuft zu werden. Wie absurd das ist, weiß jedeR. Uns BezirkspolitikerInnen in Altona macht das zwar traurig, gelegentlich auch wütend, aber dagegen können wir ja nichts tun, weil es eine Bundesangelegenheit ist.

Nun, mal ganz davon abgesehen, dass die geduldeten AfghanInnen und ihre Kinder bei uns in Altona zu Hunderten in Erstaufnahme- und Folgeeinrichtungen untergebracht sind, ist es nicht ganz so einfach mit dem hilflosen Achselzucken und Hinweis auf Bundeszuständigkeit, denn zumindest auf Hamburger Ebene wurde 2008 von dem damaligen CDU-Innensenator und späteren Ersten Bürgermeister Ahlhaus die sog. Hamburger Senatorenregelung eingeführt, der zufolge nach 18 Monaten Duldung alle AfghanInnen wegen des Kriegszustandes in ihrer Heimat nicht nur nicht mehr abgeschoben werden durften,

sondern sogar eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis mit allen daran geknüpften Rechten bekamen.

Diese Regelung wurde im Februar diesen Jahres – also 2016 – auf Antrag einer CDU-Abgeordnetengruppe durch den ehemaligen Bezirksamtsleiter Mitte und gerade neu ernannten SPD-Innensenator Andy Grote im Schnellverfahren wieder abgeschafft.

Seitdem sitzen alle AfghanInnen auf gepackten IKEA-Tüten, hören ängstlich Nacht für Nacht auf Geräusche, die – falls nicht von Brandanschlägen durch Nazis oder deren Umfeld verursacht – das Eintreffen der Polizei und die Abschiebung signalisieren. So, wie sie das ständig miterleben bezüg-



Geburtsfeier für kleine Roma. Foto: Beate Reiß

lich einer noch rechtsunsicheren Flüchtlings-Community, nämlich den Roma.

Die meisten der zu uns geflüchteten Roma stammen aus Jugoslawien, einem Staat, der in einem völkerrechtswidrigen Krieg unter maßgeblicher Mitwirkung der damaligen Rot-Grünen Regierung unter Schröder, Fischer und Scharping zerschlagen wurde.

Seither haben die Roma als eines der vielen Völker des damaligen Jugoslawien keine Heimat mehr, denn alle Volksgruppen, die über ein überwiegend von ihnen bewohntes Siedlungsgebiet verfügten, haben dieses in blutigen Auseinandersetzungen zu „ihrem“ Staat erklärt. Die Kroaten, die Slowenen, die Serben, die Bosniaken, die Kosovaren, die Montenegriner, die Mazedonier. Nur die Roma, die überall relativ integriert lebten, hatten plötzlich keine

Heimat mehr, weil sich alle neu entstandenen Nationalstaaten in einem einig waren: die Roma wollen wir nicht und erkennen sie auch nicht als BürgerInnen unseres Staates an. Die Folge waren Pogrome und eine massenhafte Flucht vor allem nach Deutschland.

Dort waren und sind sie aber genauso wenig willkommen wie in ihrer staatlich nicht mehr existierenden Heimat Jugoslawien. Zwar hat man vor wenigen Monaten in Berlin ein Denkmal für die mehrere hunderttausend im Holocaust vernichteten Zigeuner errichtet, aber die Abschiebepaxis hält an, auf der Basis dubioser Rückführungsabkommen insbesondere mit dem Kosovo.

Nun will ich aber zum Abschluss noch, obwohl Sie das weder im Flüchtlingsausschuss noch hier hören mögen von einem Einzelschicksal bei uns in Altona berichten. Eine 14jährige Kriegswaise, die mit Onkels und Tanten vor 20 Jahren nach Deutschland kam, lebt hier ganz in der Nähe, nämlich in der Waidmannstraße am Diebsteich seit 20 Jahren in einer öffentlichen Unterbringung, die bis vor 10 Jahren in bezirklicher Regie stand, seither von Fördern&Wohnen betrieben wird. Sie hat 3 Kinder, eine 8jährige Tochter, die die Schule besucht, einen 3jährigen Sohn und ein Neugeborenes. Sie muss, und das ist schon ein Privileg wegen ihrer langen Aufenthaltsdauer „nur“ alle 6 Monate bei der Ausländerbehörde eine Verlängerung ihrer Duldung beantragen. Ihr Mann und Kindsvater, ebenfalls Roma, hat eine Duldung in Niedersachsen

und darf sich wegen der Residenzpflicht nur wegen Behördenangelegenheiten in einem anderen Bundesland aufhalten. Er wird auf Antrag von Fördern&Wohnen häufiger nachts von der Polizei aus der Unterkunft entfernt. Der Unterkunftsleiter hat gegenüber dem Flüchtlingsausschuss gesagt, dass dieser Mann durch Duschen und Nutzung von Energieleistungen – also Heizung und Strom – den Steuerzahler betrüge, da er derartige Leistungen nur in Niedersachsen beanspruchen dürfe. Als Alternative bot er an, dass die beiden, die nach Roma-Regeln verheiratet sind, ja auch nach deutschem Recht standesamtlich heiraten könnten. Dann dürften sie auch zusammenleben und der Kindesvater dürfte sich um seine Kinder und seine Frau kümmern. Tatsächlich kann man in Deutschland aber nur mit einem Pass heiraten. Den haben beide nicht. Und wenn sie ihn von Montenegro ausgestellt bekämen, würden sie sofort abgeschoben. Montenegro will sie aber gar nicht als seine Staatsbürger anerkennen, weil sie Roma sind und nach der Zerstörung Jugoslawiens die meisten Unterlagen verloren gegangen seien. Außerdem, was sollten sie in Montenegro nach 20 Jahren Aufenthalt in einer Flüchtlingsunterkunft mit ihren hier in Deutschland geborenen Kindern denn vielleicht anfangen? Stellen Sie sich vor, Sie würden irgendwohin abgeschoben, zum Beispiel nach Panama. Warum denn ausgerechnet nach Panama, würden Sie fragen. Na ja, ist eben so. Gute Reise!

Falls Sie aber vorher noch etwas Gutes tun wollen, appelliere ich an Sie, sich auf allen Ebenen für ein dauerhaftes Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge einzusetzen.

Als ein besonderes Zeichen des Respekts und der Anerkennung der vielen Roma-Flüchtlingen, die hier bei uns in Altona unter erbärmlichen Umständen leben, schlage ich vor, den Internationalen Roma-Tag am 8. April 2017 dafür zu nutzen, einen würdigen Empfang für die Altonaer Roma hier im Kollegiensaal gemeinsam mit der Roma- und Sinti-Union zu organisieren“

Robert Jarowoy

Das Hamburger Rathaus. Auf Eichenpfählen gebaut. Die Wohnungsbaupolitik auf Treibsand.

Mit der Wende 1989 fiel der Systemvergleich mit der DDR weg. Den gewann der Westen zwar im Bereich des privaten Konsums stets um Längen. Doch in den sozialen Bereichen musste man aufpassen, dass die DDR nicht zu gut wegkam. Auch deshalb wurden bis zur Wende 1989 in der damaligen BRD fast halb so viele öffentlich geförderte Wohnungen wie frei finanzierte gebaut. Bei diesen Beständen – vor allem in den in den 70er und 80er Jahren errichteten Großsiedlungen sind die Mietpreisbindungen bereits ausgelaufen oder werden bis 2020 zu 95% (Osdorfer Born) ausgelaufen sein. Doch obgleich der SAGA der Rückkauf von Belegungsrechten aus Mitteln, die die Stadt zur Verfügung stellte, möglich ist, macht sie davon keinen Gebrauch. Offensichtlich ist eine Verlängerung der Mietpreisbindung nicht in ihrem Interesse. Der Neubau von sog. Sozialwohnungen wurde im Zuge der Agenda

2010 der damaligen rot-grünen Bundesregierung weitgehend eingestellt. Die im Bundesgebiet als vorbildlich angesehene Wohnungsbaupolitik des SPD-Senats seit 2011 mit dem sog. Drittmix versprach den Neubau von ca. 2000 Sozialwohnungen jährlich allein in Altona. Tatsächlich wurden für Altona aber lediglich Baugenehmigungen in der genannten Zahl erteilt, wirklich gebaut wurden noch nicht einmal 5% der genehmigten, 2015 waren es 74. In ganz Hamburg wurden 2015 – bei gleichzeitigem Wegfall von 4000 Sozialwohnungen – von 10.000 genehmigten Wohnungen nur 2105 als Sozialwohnungen tatsächlich gebaut. Anstatt darauf durch Verschärfung des Drittmixes zu reagieren, hob der rot-grüne Senat die Regelung für Wohnungsbau auf privaten Flächen faktisch auf. Und dies in einer gesamtstädtischen Situation, in der mehr als die Hälfte der Hamburger Haushaltungen Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung hätte.



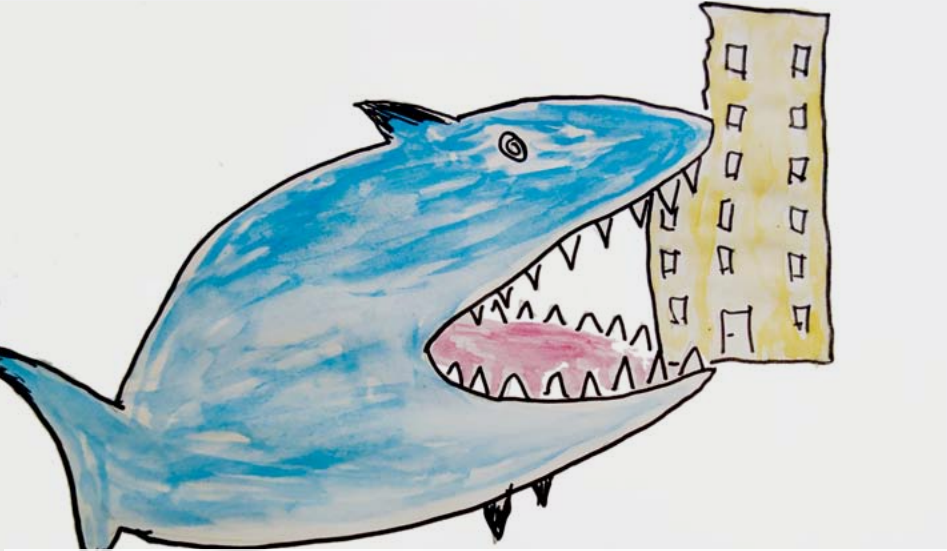
Die prägnante Fassade am Osdorfer Born. Foto: Marlit Klaus

Inhaltsverzeichnis:

2	Tag der Würde und des Respekts vor dem Volk der Roma	9	Alle Jahre wieder... die Kettensägesaison hat begonnen
3	Das Hamburger Rathaus. Auf Eichenpfählen gebaut.	10	Paula findet eine Zuflucht. Obdachlosigkeit und Armut in Hamburg.
5	Die Wohnungsbaupolitik auf Treibsand.	12	Auch im Sport war Widerstand in der NS-Zeit möglich
6	Intransparent, einfallslös und unsozial	12	Nr. 5 lebt (Nachtrag Elbtreppenhäuser)
7	Wie der Senat die SeniorInnenarbeit im Bezirk ausblutet!	13	Die Postfiliale in Ottensen soll geschlossen werden!
7	Ganztagsschule - Noch lange nicht gut		

Beste Renditen in der Immobilien- und Wohnungswirtschaft

Durch den immer schneller erfolgenden Abbau der ländlichen Infrastruktur und dem damit verbundenen rasant anwachsenden Zuzug in die Metropolregionen, ist eine außerordentliche Wohnungsnot entstanden, die den Mietenspiegel ständig ansteigen lässt. Um auf diesem hohen



Hmm ... lecker Immobilie. Grafik: Marlit Klaus

Mietpreisniveau noch mehr Rendite erzielen zu können, forderte die Immobilien- und Wohnungswirtschaft vom Senat eine Deregulierung des Baurechts, um die Wohnungsnot durch Verdichtungen im städtischen Kerngebiet „zu bekämpfen“. Das bedeutet: Aufstockungen, Innenhofbebauungen u.ä. Durch die Niedrigstzinspolitik begünstigt sind derartige Investitionen im Wohnungsmarkt risikolos, kostengünstig und versprechen Anlegern immense Gewinne; Anlegern, die auf der Bank kaum Zinsen bekommen und in der freien Wirtschaft selbst bei VW, Daimler oder Bayer um ihre Gewinne fürchten müssen, deswegen drängen sie in die Immobilien- und Wohnungswirtschaft. Die Verdichtung in den Kerngebieten bedeutet den Rückbau all der Errungenschaften, die man seit den 20er Jahren (Charta von Athen) umsetzen postulierte: Licht, Luft und Grün auch für die innerstädtische Wohnbevölkerung. Um die Verdichtung darüber hinaus vorantreiben zu können, erweitert die Wohnungswirtschaft mit den ihnen im Nacken sitzenden Finanzinvestoren (Anlegerfonds) angesichts knapper werdender Flächen für Neubau-Potentiale ihre Begehrlichkeiten auf öffentliche Grünflächen und Kleingärten sowie Gemeinbedarfsflächen wie Sportplätze und Schulgelände und frühere Gemeinbedarfsflächen der Post, der Bahn oder der Krankenhäuser, die seit den 90er Jahren allesamt privatisiert wurden.

Oft ist die Stadt weiterhin Nutzer der verkauften Flächen und zahlt Miete oder Nutzungsentgelte, die nach wenigen Jahren die Erlöse des Verkaufs übersteigen. Darauf reagiert der Senat dann im Einzelfall mit Rückkauf. Der Kreislauf aus Verkauf, Rückmiete und/oder Rückkauf dieser Flächen führt zu ständigen Reduzierungen des öffentlichen Raumes und immensen Belastungen der SteuerzahlerInnen. Die

von den SPD-Senaten unter Dohnany und Voscherau in den späten 80er und 90er Jahren begonnene und in der Zeit der CDU-Senate unter von Beust und seinem Finanzsenator Peiner extrem verschärfte Privatisierungspolitik wird in etwas abgeschwächter Form von den Scholz-Senaten weitergeführt.



Justitia ist eh schon Blind, im Baurecht fehlt ihr nun auch noch das Schwert. Foto: Thorben Wengert / pixelio.de

Aushebelung des Baurechts

Das deutsche Baugesetzbuch von 1960 (BauGB) ist ein Lichtblick deutscher Gesetz-

gebung, und damit zwangsläufig der Wohnungswirtschaft ein Dorn im Auge. Es sieht nämlich bei den Bebauungsplänen eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit vor. Im Rahmen einer qualifizierten Bauleitplanung haben die BürgerInnen durch Beteiligungsverfahren Einfluss auf die Ergebnisse, zumal auch noch allerlei Gutachten (Verschattung, Lärm, Schadstoffbelastung, Naturschutz, Verkehr usw.) erstellt werden müssen, die den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung Rechnung tragen sollen. Auf verschiedenerlei Weise soll das Baurecht nun allerdings ausgehebelt werden. Zum einen durch eine immer investorenfreundlichere Praxis wie Befreiungen vom gültigen Baurecht in stets geheim tagenden Bauausschüssen, zum anderen durch Veränderungen des Baurechts. So wurde unter dem Vorwand der Flüchtlingsunterbringung der § 246 in das Bau-Gesetzbuch eingefügt, der die Errichtung von Wohnungen zur befristeten Unterbringung von Flüchtlingen auch in Landschaftsschutz- oder Gewerbegebieten ermöglicht (nach 15 Jahren können die Wohnungen dann in Eigentum umgewandelt werden). Außerdem sollen sogenannte „urbane Gebiete“ statt der bisher festgelegten Klassifizierungen von Wohn- und Gewerbegebieten festgelegt werden. In diesen Gebieten soll eine dreimal so hohe Verdichtung zulässig sein, wie sie in der schon erwähnten Charta 1927 in Athen als städtebauliches Grundmuster für europäischen Wohnungsbau beschlossen wurde. Eine solche Dichte wurde am Osdorfer Born durch Abstands- und Grünflächen noch um-

gesetzt, am sog. Othmarschen Park bereits verdoppelt und soll künftig verdreifacht werden.

Robert Jarowoy

Intransparent, einfalllos und unsozial

SPD und GRÜNE verschleiern im neuen Haushalt deftige Kürzungen. Sie ignorieren die soziale Situation in Hamburg. Ihre Vorlage für den Doppelhaushalt ist außerdem eine Kampfansage an die im öffentlichen Bereich beschäftigten Menschen. Im Gegensatz zur Auffassung der LINKEN, versteht die Koalition unter Bürgermeister Scholz Hamburg als Unternehmen, nicht als lebendige Gesellschaft. Ihr Ziel ist eine unternehmenswirtschaftliche Haushaltsführung, die weniger den Menschen mit seinen Bedürfnissen, Interessen und Nöten im Blick hat. Wir lassen den Senat nicht aus der Verantwortung die wichtigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben in dieser Stadt aktuell und für die Zukunft zu erledigen. Und der aktuelle Senat hat dabei eine für die Staatsfinanzen glückliche Situation mit relativ hohen Steuereinnahmen und sehr geringen Zinsen.

Was hat der Senat damit gemacht und was schlägt er für die Zukunft vor?

Das erste: **Er verweigert sich der realen Situation in der Stadt, er verschlei-ert sie sogar.** In der Pressekonferenz zu diesem Haushalt im Mai 2016 gab es zwei wesentliche Botschaften: **„Alle (Zuwendungsempfänger*innen) haben, was sie brauchen“ und „es gab an keiner Stelle weniger Leistungen und wird sie auch in den nächsten Jahren nicht geben“.**

Das stimmt nicht und das kann jeder, die oder der mit offenen Augen durch die Stadt geht, bemerken: Seien es die Bürgerhäuser, die Stadtteilkultur, die Bezirksämter, die Senior*inneneinrichtungen, die Beratungsstellen usw. Und alle werden ihnen berichtet haben, dass sie Leistungen einschränken müssen, weil sie durch das Einfrieren der Zuwendungen jedes Jahr weniger zur Verfügung haben.

Die SPD hat sich mit ihrer Politik der Schuldenbremse in den Behörden und bei den sozialen und kulturellen Einrichtungen eine Stimmung geschaffen, die sich nicht mehr um die Lösung der Probleme sorgt, sondern in weiten Bereichen nur noch den Mangel verwaltet.

Die Politik des Senats, die Ausgaben nicht weiter zu erhöhen als 1 Prozent, ist eine Kampfansage gegen all die Menschen, die für soziale und kulturelle Basis dieser Gesellschaft arbeiten. In allen Bereichen der Gesellschaft gehört es zum solidarischen Grundprinzip, Tariferhöhungen zu bezahlen

und den arbeitenden Menschen zumindest die steigenden Lebenshaltungskosten auszugleichen. Der Hamburger Senat stellt sich hin und sagt: Die Menschen in Hamburg, die für das Soziale und Kulturelle arbeiten, sind entweder zu gut bezahlt oder sie arbeiten zu wenig. Deshalb werden Personalkosten höchstens mit 1,5 Prozent, meist mit 0,88 Prozent oder 0 Prozent ausgeglichen. Und diese Linie gilt nicht für 2 Jahre, sondern in weiten Bereichen für weit über 10 Jahre. Und dabei wissen alle in dieser Stadt, dass gerade in diesen Bereichen nicht gut verdient wird und dass gerade diese Bereiche personalintensiv sind und sein müssen – also auch kaum technologischer Fortschritt Einsparungen bringt. **Das ist eine allgemeine und grundsätzliche Kampfansage gegen die Beschäftigten und deren Gewerkschaften!** Ich konzentriere mich im Folgenden stellvertretend auf ein paar Punkte aus dem Haushaltsplan:

Ist die Stadt sozialer geworden?

Die SPD hat sich auf die Fahnen geschrieben „alles zu tun, um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu bekämpfen“ dieser Satz hat es ins Regierungsprogramm immerhin zu den Worten Armut bekämpfen oder Maßnahmen geschafft. Sehen wir uns die Zahlen für Hamburg an: Entwicklung der Armutsgefährdungsquote (die von Wissenschaftlern anerkannteste Zahl) laut Statistischen Bundesamt: 2005 17,4 Prozent der Hamburg*innen sind armutsgefährdet. 2010 17, 4 Prozent 2012 17,6 Prozent 2014 18 Prozent

Die Zahlen bedeuten zum ersten, dass die große Verunsicherung der Menschen bezüglich der sozialen Zukunft berechtigt ist. Zum zweiten, dass das große Versprechen Hartz IV würde nach einer kurzen Schmerzphase Erfolge in der Bekämpfung der Armut bringen, wissenschaftlich eindeutig widerlegt ist.

Drittens, dass die SPD Politik in Hamburg in wirtschaftlich stabilen Zeiten, in denen „ausreichend Steuermittel zur Verfügung stehen“ in diesem zentralen Punkt ihre Versprechen nicht einhält. Die Zahlen sind übrigens noch dramatischer, wenn die besonders hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg hinzugezogen werden. Ein Gutachten des IWs kommt zu einem Anteil von über 20 Prozent; sprich, es geht um über 350.000 Hamburgerinnen und Hamburger, nicht etwa schwerpunktmäßig um junge Menschen vor ihrer Er-



Rede vor der Hamburger Bürgerschaft zum einfalllosen Haushalt der rotgrünen Koalition. Foto: Linksfraktion Hamburg

werbsgeschichte, sondern besonders um Alleinerziehende und in kräftig steigender Zahl, um Menschen im Rentenalter. Und gerade die Entwicklung im Wohnungsmarkt wird das Problem noch verstärken.

Wie ist die Bilanz bei der Schule?

Aus einem **dramatischen Appell der Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen vom Juni diesen Jahres** will ich zitieren:

„Heute blicken wir auf die **Ergebnisse der Hamburger Bildungspolitik aus den letzten neun Jahren:** Einem immer kleiner werdenden Teil der Hamburger Schülerinnen und Schüler, denjenigen, die sich selbst schon sehr anstrengen müssen, um ihre Bildungsnachteile aufholen zu können, werden die größten Herausforderungen unserer Zeit aufgebürdet. Die 42 % ... sollen dafür sorgen, auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und nun auch den allergrößten Teil der neu nach Hamburg zugewanderten Schülerinnen und Schüler zu integrieren. Diese 42 % sollen mit ihren Eltern und Lehrer*innen für den Zusammenhalt in unserem Tor zur Welt, unserer Stadt Hamburg sorgen. **Das kann nicht gelingen.**“ Welch eine heftige Kritik für einen rotgrünen Senat. Aber statt eine Diskussion über (auch finanzielle) Unterstützung zu führen (und das ganze ist auch zentral ein Haushaltsthema!!!), verweigert der Senat jede Diskussion und lässt den Aufruf der Schulleiter*innen gegen die Wand fahren. Wir stellen fest: Die von ihnen selbst benannten zentralen Aufgaben haben sie nicht erfüllt. Stattdessen versuchen sie das mit Werbeaktionen verschiedenster Art zu vertuschen. Das lassen wir ihnen nicht durchgehen. Diese Stadt hat Besseres verdient!

Norbert Hackbusch – haushaltspolitischer Sprecher der Linksfraktion Hamburg

Wie der Senat die SeniorInnenarbeit im Bezirk ausblutet!



Bittere Pillen für Hamburger Seniorinnen und Senioren Foto: Andrea Damm / pixelio.de

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2015/ 2016, gilt das „Gesetz zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg – SNH-Gesetz – SNHG“. Die entsprechenden Normen und Anweisungen hierzu finden sich im Internet unter der Adresse: <http://www.hamburg.de/fb/haushaltsrecht-2015/>. Doch schon seit rund 20 Jahren sind die Mittel, die die Stadt Hamburg den Bezirken zur Verteilung zuweist, nicht mehr auskömmlich. Das Geld reicht also, vorne und hinten nicht mehr. Dabei sind die fehlenden Mittel, tatsächlich reichlich vorhanden. Nur befindet sich das Geld in wenigen privaten Händen.

Im Oktober des Jahres wurde im „Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren“ der Altonaer Bezirksversammlung die vom Senat beschlossene Rahmenzuweisung mitgeteilt. Die vorgestellte Summe beträgt, für die Jahre 2017 und 2018, jeweils 365.000 €. Das sind sagenhafte € 7,27 je Altonaer BürgerIn, die älter als 65 Jahre ist. (18,8% sind hamburgweit älter als 65 Jahre. Altona hat 267.058 EinwohnerInnen).

Dazu muss man wissen, dass in den vergangenen Jahren Seniorentreffs geschlossen wurden, oder wie es die Verwaltung ausdrücken würde –es wurden Seniorentreffs zusammengelegt-. Im Ergebnis bedeutet dies, dass es weniger Treffs für mehr ältere Menschen gibt. Somit werden die Wege länger und die Lebensumstände verändern sich für den einzelnen. Dies vor dem Hintergrund einer weiteren Vereinzelung der Gesellschaft in Individuen. Die Menschen werden immer älter. Demnächst wird es mehr Ältere als Jüngere geben. Also müsste die Schlussfolgerung doch sein: Wir brauchen mehr Treffs für SeniorInnen. Die Einkom-

men der Menschen sind bereits signifikant gesunken, und das Armutsrisiko ist deutlich gestiegen (besonders für alleinerziehende Frauen) Und die zurzeit herrschende Politik zeigt keine Anzeichen, dies verändern zu wollen. Ganz im Gegenteil. Also ist davon auszugehen, dass Menschen, die heute immer weniger Einkommen haben, in der Zukunft entsprechend weniger zum Leben zur Verfügung haben werden. Die eigenen Spielräume zur Gestaltung der Freizeit werden immer enger werden. Somit werden wir auf mehr soziale Einrichtungen angewiesen sein. Und nicht auf weniger!

Mit dem Angebot von Seniorentreffs soll den Isolierungs- und Vereinsamungstendenzen älterer Menschen entgegengewirkt werden, damit diese auch im Alter in die Gemeinschaft integriert werden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Betrieben werden die Seniorentreffs von Trägern, die über die Ihnen zugewiesenen Mittel, die Seniorentreffs betreiben. Träger können z.B. die AWO, das DRK oder der ASB sein. Der Verteilungsschlüssel für die Rahmenzuweisung „SeniorInnenarbeit in den Bezirken“ ist mit der von der Hamburger Bürgerschaft am 04.11.2009 beschlossenen Drucksache 19/3584 verändert worden. Mit der Rahmenzuweisung werden Mittel bereitgestellt

- zur Abdeckung der Betriebskosten für SeniorInnenentreffs
- für die finanzielle Unterstützung der Bezirks-SeniorInnenbeiräte und der bezirklichen Gesundheits- und Pflegekonferenzen
- zur Abdeckung der Zuschüsse an nicht-staatliche Stellen für die Durchführung von Stadtteil- und SeniorInnenarbeit, sowie
- für Aufwendungen für Ehrenamtliche

Dies vor dem Hintergrund, dass einerseits die Betriebskosten –jeder weiß es von sich selber- um ein Vielfaches gestiegen sind. Seien es die Nutzungsentgelte (Miete), die exorbitant gestiegenen Energiekosten oder auch die wichtigen Lohnerhöhungen für die Angestellten.

Ein großer Teil der Arbeit vor Ort wird von Ehrenamtlichen erledigt. Dabei übernehmen sie sehr wichtige gesellschaftliche Funktionen, die Menschen fit und gesund erhalten und sie möglicherweise vor Einsamkeit schützen.

Die Mittel sind so niedrig angesetzt, dass damit auch die laufenden Kosten der offenen SeniorInnenarbeit im Bezirk nicht abgedeckt sind. Kommende Kostensteigerungen sind überhaupt nicht berücksichtigt worden. Selbst das Bezirksamt hat festgestellt, dass für das kommende Jahr 2017 eine Unterdeckung von mindestens 38.000 € besteht. Wobei dies schön gerechnet ist, vor dem Hintergrund fehlender und bereits geschlossener SeniorInnenentreffs. Es wird also so verfahren wie immer: Die Menschen werden als Kostenfaktor betrachtet, frei nach dem Motto: Es lohnt sich nur was sich rechnet – gerade so als wäre Hamburg keine Stadt, sondern ein kapitalistischer Konzern, der diese Menschen mit dem Rentenalter übernehmen musste und nun hofft, dass er sie so schnell als möglich wieder los wird. Unsere Haltung dazu als Fraktion in der Bezirksversammlung Altona ist klar!

Bessere Rahmenbedingungen für aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Zur Verwirklichung des Rechtes der Seniorinnen und Senioren auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben muss es eine ausfinanzierte Rahmenzuweisung geben mit der sich das Konzept bezirklicher SeniorInnenarbeit tatsächlich umsetzen lässt. In Sonntagsreden erfahren die Lebensleistungen der Seniorinnen und Senioren häufig hohe Würdigungen. Im Alltag allerdings wird das Recht auf Mitbestimmung in eigener Sache auf Landes- und bezirklicher Ebene weiterhin verweigert. Wir ermuntern Seniorinnen und Senioren dazu, für mehr Mitspracherecht zu streiten, berechnete Ansprüche und bereits in Gesetzen festgeschriebene Rechte auf gesellschaftliche Teilhabe selbstbewusster einzufordern und so aktiver an der politischen Willensbildung teilzunehmen.

*Horst Schneider
Mitglied der Linksfraktion Altona und
Mitglied im Ausschuss für Soziales,
Integration, Gleichstellung und SeniorInnen*

Unsere Forderungen

- Der Anspruch der Seniorinnen und Senioren auf mehr Mitbestimmung bei relevanten, die SeniorInnen betreffende Entscheidungen, ist eine zentrale Frage gesellschaftlicher Teilhabe.
- Ehrenamtliches Engagement in SeniorInnenzusammenschlüssen, Wohlfahrtsverbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen wie auch Nachbarschaftshilfe, Unterstützung der Kinder und Betreuung der Enkel muss höhere gesellschaftliche Anerkennung erfahren und durch aktivierende Rahmenbedingungen abgesichert werden. Ehrenamtliches Engagement als Ersatz für den Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung lehnen wir als Fraktion ab.
- Lebenslanges Lernen, der Zugang älterer Menschen zu Bildungseinrichtungen, Kultur, Kunst und Internet braucht solidarische Lösungen durch die Politik, damit auch finanziell weniger gut ausgestattete Seniorinnen und Senioren die neuen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe an mehr Information und zur Bewahrung geistiger Aktivität nutzen können.



Soziale Teilhabemöglichkeiten vieler SeniorInnen werden vom Senat kaputt gespart. Foto: matchka / pixelio.de

Ganztagsschule - Noch lange nicht gut

Ein Brandbrief von Schulleiterinnen und Schuldirektoren aus 51 Stadtteilschulen offenbart im Juni die überaus kritische Situation in der Hamburger Schullandschaft. Der Brief prangert insbesondere die soziale Benachteiligung und die soziale Ausgrenzung von vielen SchülerInnen an, die eine Folge der misslungenen Reform des Schulsystems unter Schwarz-Grün seien. Gut, dass wenigstens die Volksinitiative „Guter Ganztag“ erfolgreich verhandelte und einige Verbesserungen für den Ganztagsbetrieb durchsetzen konnte.

Die Stadtteilschulen haben sich in den letzten neun Jahren geradezu systembedingt zum Stiefkind des zweigliedrigen Schulsystems entwickelt. Trotz aller Anstrengungen standen LehrerInnen, Schulleitungen, Eltern und nicht zuletzt die SchülerInnen selbst in den Stadtteilschulen auf verlorenem Posten. Die Stadtteilschulen hatten die Hauptlast der Inklusion von Kindern mit einem sonderpädagogischen Bedarf zu wuppen. Eine an sich tolle Integrationsreform droht letztlich daran zu scheitern, dass die Stadtteilschulen aufgrund der Rahmenbedingungen damit überfordert sind, sie umzusetzen. Die Gymnasien dagegen halten sich weitgehend aus dieser Arbeit heraus. Kinder mit einem auffälligen Sozialverhalten und aus ärmeren Einkommensschichten landen gar nicht erst bei ihnen.

Die Stadtteilschulen haben einen bemerkenswerten Spagat zu bewältigen, denn sie leisten den Hauptteil der Inklusionsarbeit für Kinder mit sehr unterschiedlichen

Problemlagen, müssen hinsichtlich der Lehr- und Lernprozesse innerhalb der Klassen mehr und unterschiedlich fördern und sollen die SchülerInnen nicht nur zum erfolgreichen Bestehen des Ersten und Mittleren Schulabschlusses bringen, sondern auch den Weg zum Abitur ebnen. Stadtteilschulen sind überwiegend in Stadtteilen mit schwachen und mittleren Einkommen anzutreffen, während es eine auffällige Häufung von Gymnasien in einkommensstärkeren Stadtteilen gibt.

ein problematisches Sozialverhalten zeigen, geistig behindert sind oder körperliche Handicaps aufweisen und mit Kindern aus bildungsfernen Familien zu tun haben. Dabei hapert es dort oft an der richtigen und ausreichenden materiellen und personellen Ausstattung. Das wissen auch viele Eltern. Dort, wo es geht, schicken sie ihre Kinder lieber auf das Gymnasium. Stadtteilschulen kämpfen mit sinkenden SchülerInnenzahlen und einem zu Unrecht bestehenden schlechten Image. Denn alle



Lehrsituation in einer Schule. Foto: Designed by Pressfoto - Freepik.com

So wird im Brandbrief auch zu Recht beklagt, dass sich Stadtteilschulen sehr anstrengen müssen, SchülerInnen so zu fördern, dass sie ihre Bildungsnachteile aufholen können. Sie sind es, die überwiegend mit Flüchtlingen, deren Deutschkenntnisse nur im geringen Maße oder gar nicht ausgebildet sind, mit Kindern, die

Schulen versuchen mit großem Einsatz, mit Zuwendung und Improvisationskunst gegenzusteuern und die strukturellen Nachteile ein wenig auszugleichen. Trotzdem stellen die Schulleitungen in ihrem Brief keineswegs überraschend folgendes fest: „Das Ergebnis der Anmelderunde für die neuen fünften Klassen be-

stätigt den Trend der sozialen Segregation der Stadt. In diesem Jahr haben sich nur noch 42% aller Hamburger Schülerinnen und Schüler an der Stadtteilschule angemeldet. (...) Setzt sich dieser seit Jahren andauernde Trend fort, werden im Jahr 2020 etwa 70% der Hamburger Schülerinnen und Schüler das Gymnasium besuchen. Damit wäre das Zwei-Säulen-Modell gescheitert: Weder das Gymnasium noch die Stadtteilschule könnten ihren Bildungsauftrag erfüllen. (...) Die soziale Ausgrenzung in Hamburg muss ein Ende haben: Die Hamburger Politik muss dafür sorgen, dass (...) sozial Schwache und auch die Zuwanderer in die Mitte unserer Gesellschaft gerückt werden und nicht an Ränder abgeschoben werden.“

Deutlicher kann das Problem nicht benannt werden. Was fehlt - und das mahnten die UnterzeichnerInnen des Brandbriefes auch an, ist „Eine Schule für Alle“. Diese, auch gerade von den Linken geforderte und in einigen europäischen Ländern erfolgreich wirkende Schulform wurde in einer ideologisierenden und dogmatisch engstirnigen Diskussion von CDU, SPD, FDP und den Grünen geradezu kategorisch abgelehnt. Von Gleichmacherei war die Rede und es fehlte nicht viel, dann wäre auch noch der alte Wahlkampfslogan „Freiheit statt Sozialismus“ hervorgeholt worden. Die Schulreform war halbherzig, auch eine Folge des damaligen Volksentscheids und des sogenannten Schulfriedens, und schlägt nun negativ auf die Kinder zurück: „Mit dem Schulfrieden wurde in Hamburg ein politisches Stillhalteabkommen geschlossen – dabei wurden die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt aus dem Blick verloren. (...)

Wir wollen eine lebhafte Debatte über Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt führen.“

Das ist tatsächlich überfällig. Immerhin geriet die Schule dank des Brandbriefes und der Volksinitiative „Guter Ganzttag“ wieder in den Fokus der Politik und der öffentlichen Wahrnehmung. Rund 15.000 Hamburger BürgerInnen unterstützten die Volksinitiative. Der erst unwillige Senat ging dann doch auf die Initiative zu und bot Verhandlungen an, die zeitweise im Verlauf der Gespräche wegen inhaltlicher Differenzen stockten und vor dem Ausstanden. Letztlich wurde eine überraschend weitge-

hende Vereinbarung getroffen. Vermutlich war es neben der Beharrlichkeit der Initiative auch der günstige Zeitpunkt, der zur politischen Einsicht des Senats führte, der Initiative dennoch entgegenzukommen. Die Stimmung war bei den Eltern alles andere als gut, die Beschwerden aus den Schulen über die mangelhafte Nachmittagsbetreuung, das oft schlechte Essen und über die Mängel in der Inklusionsarbeit waren dem Senat bekannt und es bestand seitens der SPD-Grünen-Koalition durchaus die Befürchtung, dass ein erfolgreiches Volksbegehren zu einem Volksentscheid mit einem zumindest offenen Ausgang führen könnte. Eine Niederlage, womöglich vor dem Volksentscheid für oder wider die Ausrichtung der olympischen Spiele in Hamburg, wollte der Senat wahrlich nicht riskieren.

Insgesamt sollen laut der Vereinbarung und infolge des Beschlusses der Bürgerschaft bis 2020 rund 25 Millionen Euro in Räume und Küchen investiert werden. Zur Verbesserung des Personalschlüssels werden schrittweise bis 2020 rund 350 Erzieher-Vollzeitstellen geschaffen. Es sollen zusätzlich Räume zum Toben, Ausruhen, Spielen und für Gruppenangebote inklusive Mobilar geschaffen werden. Dafür soll gut die Hälfte der in Höhe von 25 Millionen Euro im Rahmen der Vereinbarung zur Verfügung gestellten Gelder bereitgestellt werden. Die Schulen, auch das ein Erfolg der Initiative, dürfen dafür gemäß der schulischen Bedürfnisse ein eigenes Konzept entwickeln.

Außerdem soll endlich die Ernährungssituation in den Schulen verbessert werden. Dafür steht dann das restliche Geld zur

Verfügung. Bei allen Neuplanungen sollen standardgemäß so bezeichnete Vitalküchen eingerichtet werden, in denen Lebensmittel frisch zubereitet werden. Rund 95 Schulen sollen bis zum Jahr 2020 einen Küchen- und Kantinenbereich erhalten. Allerdings können diese an 30 Standorten, die 2016 fertiggestellt werden sollen, nicht mehr verwirklicht werden, das das Bauplanungsverfahren Änderungen nicht mehr zulässt. Beim Einbau von 30 weiteren Küchen, die bis 2017 fertig sein sollen, wird nun überprüft, ob Vitalküchen noch errichtet werden dürfen. Eine Vitalküche soll um 50.000 Euro kosten.

Für die Betreuung der Kinder in den Schulen werden in den Jahren 2017 und 2018 zehn Prozent mehr ErzieherInnen und andere pädagogische Fachkräfte eingestellt. Danach soll die Quote an den Betreuungskräften in den Grundschulen um weitere 17,5% wachsen. In den Jahrgangsstufen 5 und 6 der Stadtteilschulen werden ebenfalls, so der Plan, 10 Prozent BetreuerInnen mehr angestellt. Insgesamt 350 ErzieherInnen-Vollzeitstellen sollen so entstehen. Es wurden noch weitere Vereinbarungen getroffen, die allesamt eine Verbesserung des Ist-Zustandes bedeuten werden. Dieses Ergebnis kann der Volksinitiative nicht hoch genug angerechnet werden. Doch bleibt nach wie vor festzustellen, dass im Grunde kein Weg an der Einführung der „Eine Schule für Alle“ vorbeiführt, um endlich für eine gerechte und chancengleiche Schulbildung für alle Kinder zu sorgen, gleich welcher sozialen Herkunft und gleich welcher Lebensvoraussetzungen.

Volker Vödisch



Kinder sind unsere Zukunft, so heißt es. Doch was wird aus ihnen, wenn soziale Benachteiligung und Ausgrenzung den Schul-Alltag bestimmen? Foto: Designed by Pressfoto - Freepik.com

Alle Jahre wieder... die Kettensägesaison hat begonnen

Rigore Abholzungspolitik in Altona wird fortgesetzt

Am 01. Oktober hat - gemäß Baumschutzverordnung / Naturschutzgesetz - wieder die alljährliche bis Ende Februar andauernde Baumfällsaison begonnen. Viele Altonaer Bürgerinnen und Bürger empfinden diese Zeit eher als „Kettensägensaison“, da das Bezirksamt wieder massiv Bäume und Gehölze auf öffentlichen Flächen fällen lässt. Allein für den Monat Oktober wurde amtlicherseits die Fällung von 336 Bäumen an Straßen und in Grünanlagen angekündigt - dies ohne jegliche Ersatzpflanzungsangaben.

Wie rigoros Bäume im Bezirk Altona abgeholzt werden, zeigt erneut eine Große Anfrage unserer Altonaer Bezirksfraktion zur Baumfällbilanz auf öffentlichem Grund für das Jahr 2015: So wurden nach behördlichen Angaben allein im Jahre 2015 insgesamt 252 Straßenbäume im Bezirk Altona gefällt, jedoch nur 123 gleichwertige Bäume nachgepflanzt.

In Altonas Parkanlagen, Waldparks, Naturschutzgebieten, Kleingartenanlagen und auf Kinderspielplätzen erfolgten in diesem Zeitraum auf insgesamt 911 Baumfällungen sogar nur 82 gleichwertige Baumnachpflanzungen. Mit dieser völlig unzureichenden Ersatzpflanzungspraxis konnte das Bezirksamt den Grünsubstanzverlust an Straßen und auf öffentlichen Flächen in keiner Weise ökologisch aufwiegen oder ausgleichen.

Durch eine permanente Aushöhlung des Baumschutzrechts mittels eines an kommerziellen Interessen ausgerichteten Bauordnungsrechts mit vereinfachten Baugenehmigungsverfahren fällt die Baumbilanz auf den privaten Grundstücken Altonas noch gravierender aus: So standen bei-



Jedes Jahr wird der Bestand dezimiert. Ausgleichspflanzungen finden kaum statt. Foto: Uschi Dreiuicker / pixelio.de

spielsweise 2013/2014 nach amtlichen Angaben insgesamt 3930 Baumfällungen nur 530 Ersatzpflanzungen gegenüber. Aufgrund drastischer Sparauflagen des Senats (Stichwort Schuldenbremse) steht dem Bezirksamt zu wenig Personal sowohl zur öffentlichen Grünpflege als auch zur Kontrolle der Umsetzung von Ersatzpflanzungsaufträgen zur Verfügung.

Darüber hinaus kommt noch eine vom Bezirksamt nicht zu beziffernde Anzahl von illegal (d.h. ohne Fällgenehmigung) gefällten Bäume hinzu, die bau- oder sichtachsenbedingt vernichtet wurden, so dass wir insgesamt von einer ökologisch verhängnisvollen Baumbilanz für die letzten Jahre sprechen können. Die grüne Lunge Altonas, die der dringend benötigten CO2 - Speicherung, Schadstofffilterung und Lärmdämmung, dem stadtklimatischen Ausgleich sowie Freizeit- und Erholungszwecken dienen soll, wird von Jahr zu Jahr dezimiert. Die Altonaer Linksfraktion fordert deshalb eine radikale Umkehr in

der derzeitigen öffentlichen und privaten Nachpflanzungspraxis:

Jeder gefällte Baum muss zeitnah durch mindestens einen gleichwertigen einheimischen Baum ersetzt werden – zur Not auf zusätzlichen Ausgleichsflächen. Unsere Fraktion fordert ferner eine energische Bekämpfung bestehender Transparenz- und Prüfungsdefizite und stellt folgende Mindestforderungen an das Bezirksamt: vor einer Fällsaison rechtzeitige und vollständige Veröffentlichung der Listen über alle geplanten Baumfällungen auf öffentlichem Grund, bei jeder geplanten Fällung im öffentlichen Grün genaue Information über Ersatzpflanzungen. Nur der Bezirk Altona (als einziger Hamburger Bezirk) hat bisher überhaupt keine Nachpflanzungsangaben in seinen monatlichen Fälllisten für Straßen und öffentliche Grünflächen.

Vorabinformation (an den zuständigen Grünausschuss) und Beschlussfassungsmöglichkeit bei allen Baumfällanträgen auf privaten, landes- und bundeseigenen Grundstücken, bei denen das Bezirks- oder Landesamt plant, sie positiv zu bescheiden. Bisher erfolgt erst eine Information, nachdem der private oder auf landes- oder bundeseigenen Flächen stehende Baum bereits gefällt worden ist.

Wiedereinführung einer Prüfung zur Einhaltung der Baumschutzverordnung auch im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren, bessere Kontrolle der Umsetzung von Ersatzpflanzungsaufträgen mittels Einführung einer Kautionshinterlegung für jeden nachzupflanzenden Baum auf privaten Grundstücken



Baumstumpf in der Neuen Großen Bergstraße. So gesehen im Oktober diesen Jahres Foto: Marlit Klaus

Heike Schoon,
Mitglied im Ausschuss
für Grün, Naturschutz und Sport

Paula findet eine Zuflucht. Obdachlosigkeit und Armut in Hamburg.

Im Haus Bethlehem in Hamburg St. Pauli kümmern sich die Ordensschwestern um Obdachlose und Arme. Der Orden ist in der ganzen Welt verbreitet und hilft vor Ort Menschen in Not, Obdachlosigkeit und Armut. Gegründet wurde er 1948 in Kalkutta, Indien von Mutter Teresa. Mutter Teresa ist durchaus umstritten. Wer mehr darüber wissen will, wird im Internet mit der Suche nach „Mutter Teresa Kritik“ fündig. Diese richtet sich natürlich nicht gegen die Mildtätigkeit der Ordensschwestern auf St. Pauli. Doch Mildtätigkeit, die nur die Symptome lindern will, die Krankheit aber nicht einmal beim Namen nennt, rüttelt nicht an den Ursachen der Not. Eigentlich unnötig zu erwähnen, dass das nicht die Position unserer Partei ist. Wer hier der Erzählung von Paula (Name geändert) folgt, die drei Monate im Haus lebte, kann bei aller Anerkennung durch Paula, nachlesen, dass die Hilfe auch nicht so bedingungslos ist, wie man sich das wünschen würde, und dass die Bewohnerinnen in einem bedenklichen Maße reglementiert werden. Man bekommt einen guten Einblick mit welchen Verhältnissen sich arme Menschen bei uns abfinden müssen - hier am Beispiel einer kirchlichen Organisation mit zum Teil menschenverachtenden Regeln. Die Hilfeleistungen der Ordensschwestern sind lobenswert, während ihre Regeln doch kaum Sympathie hervorrufen können. Gerade dieses Nebeneinander von guten und zu kritisierenden Verhalten ist Standard für das, was Hilfsbedürftige, erleben.



Therisenkult im Schaufenster des Haus Bethlehem. Foto: Birger Gente

Wie kam es, dass Du wohnungslos geworden bist?

Ich hatte ein Zimmer zur Untermiete. Meine Vermieterin entschloss sich dann, dass sie das Zimmer, doch selbst für sich braucht. Ich

bin dann ganz schnell ausgezogen und erst einmal bei einer Freundin untergekommen. Ich habe mich dann im Haus Bethlehem vorgestellt und um eine Unterbringung gebeten. Die Schwestern waren einverstanden. Kurze Zeit später bin ich dann dort in ein Drei-Bett-Zimmer eingezogen: ein Bett, ein Nachtschrank, eine Hälfte vom Kleiderschrank. Es gibt ein großes Wohnzimmer, eine Gemeinschaftsküche, Duschen und Toiletten. Und einen Putzplan. Einige BewohnerInnen haben immer sehr gewissenhaft geputzt, andere sahen das nicht so eng und waren da nachlässiger. Da musste man dann selbst noch mal nachputzen, wenn man es sauber haben wollte. Die Heizung in den Räumen ließ sich nicht voll aufdrehen, ich fand es dort immer ziemlich kalt.

Wie hast Du dich dort gefühlt?

Ich habe mich über die herzliche Aufnahme dort gefreut. Die Schwestern waren sehr freundlich und warmherzig und gaben mir das Gefühl von Geborgenheit. Das hat mir in meiner damaligen Situation sehr gut getan. Ich war froh, wieder ein Dach über dem Kopf zu haben und niemandem zur Last zu fallen. Problematisch war für mich, dass die Haustür um 21:00 Uhr abgeschlossen wurde. Einen eigenen Haustürschlüssel bekommen die BewohnerInnen nicht, auch die Zimmer lassen sich nicht abschließen. Ich hatte gerade einen neuen Job angefangen und musste im Schichtdienst arbeiten. Nach dem Spätdienst wäre ich also nicht mehr ins Haus Bethlehem hinein gekommen. Deshalb habe ich mit einer

Freundin, die in der Nähe wohnt, vereinbart, dass ich nach dem Spätdienst bei ihr übernachten darf.

Die Schwestern waren sehr fürsorglich und stets darum bemüht, dass es uns gut geht. Diese Fürsorge war anfangs noch Balsam auf

meine Seele. Später empfand ich es zum Teil schon als Bevormundung. Sogar die Schlafenszeiten wurden von den Schwestern festgelegt. Spätestens um 22:00 Uhr mussten wir in den Zimmern das Licht ausmachen. Die Küche und das Wohnzimmer wurden schon früher abgeschlossen. Vor dem Zu-Bett-gehen wurden wir auf unseren Zimmern von den Schwestern noch gesegnet und mit Weihwasser bespritzt. Das Zusammenleben mit den anderen Frauen war dort auch nicht immer einfach.

Wie teuer ist die Übernachtung im Haus Bethlehem?

Das ist das Besondere am Haus Bethlehem, die Bewohnerinnen müssen keine Miete zahlen. Als Gegenleistung wird erwartet, dass wir bei der Versorgung der Obdachlosen und Ausgabe der Lebensmittel der Tafel mithelfen. Jeden Tag, außer am Sonntag, werden ein Frühstück und eine warme Suppe an die Obdachlosen ausgegeben. Da muss ganz viel Gemüse für die Suppe geschnippelt werden. Die Warteschlangen vor dem Haus Bethlehem sind immer lang. Die Menschen essen in mehreren Schichten, alle auf einmal hätten in dem Speisesaal gar keinen Platz. Am Sonntag am frühen Nachmittag wird ein warmes Mittagessen an die Bedürftigen verteilt. Auch das muss vorbereitet werden. Es findet sich tagsüber kaum ein Moment, wo kein Bedürftiger das Haus Bethlehem aufsucht und um Hilfe bittet. Pro Tag werden bis zu 400 Portionen Essen ausgegeben.

Dürfen im Haus Bethlehem Frauen und Männer übernachten?

Hauptsächlich übernachten dort Frauen. Einige Männer dürfen dort aber auch übernachten, in einem gesonderten Wohntrakt mit eigenem Eingang. Es herrscht strikte Geschlechtertrennung. An einem Tag waren Handwerker im Haus, mit einem habe ich mich auf dem Gang unterhalten, da wurde die Schwester ganz hektisch und hat mir eine sofort zu erledigende Aufgabe zugeteilt, um mich von dem anderen Geschlecht fernzuhalten (lacht).

Mit was für Frauen hast Du dort zusammengelebt?

Mit ganz unterschiedlichen, in internationaler Besetzung. Eine Frau mit ihrem 17jährigen Sohn (der natürlich im Männertrakt wohnte) ist aus einer Kleinstadt nach Hamburg gezogen, um hier eine Arbeitsstelle anzunehmen. Im Internet hatte sie eine Wohnung angemietet, die Kaution überwiesen und bekam den Hausschlüssel zugeschickt. Nur war sie einem Betrüger aufgesessen, die Wohnung

gab es gar nicht. Sie wussten dann nicht wohin. Nach zwei Tagen auf der Straße wurde ihnen das Haus Bethlehem empfohlen. Eine ältere Dame mit kleiner Rente wohnt schon sehr lange im Haus Bethlehem. Sie kann gar nicht ohne Arbeit leben, ich habe noch nie jemanden mit so viel Inbrunst Gemüse putzen gesehen, sie hilft den Schwestern bei allen anfallenden Arbeiten und ist darin schier unermüdlich. Es wohnen dort auch Frauen, die Anspruch auf Hartz IV hätten, aber so schlechte Erfahrungen mit Behörden gemacht und solche Panik haben, sich mit dem Jobcenter auseinanderzusetzen, dass sie lieber einen 450-Euro-Job machen oder das Straßenmagazin Hinz und Kunzt verkaufen und dann eben keine eigene Wohnung besitzen können. Eine andere hatte eine Drogenvergangenheit und war dabei ihr Leben neu zu ordnen. Eine Bewohnerin hat wegen Schwarzfahrens im Knast gesessen. Es gibt schwer traumatisierte Frauen, die aufgrund ihrer Geschichte eigentlich gar nicht in der Lage sind, in einer solchen Gemeinschaft zu leben. Deshalb müssen auch immer wieder Frauen in die Psychiatrie überstellt werden. Ich habe dort mit einer Frau zusammengelebt, die ständig Ameisen im Essen sah. Eines Abends hatte sie an mir rumgeschnüffelt und gemeint, ich würde nach Kakerlakenscheiße riechen.

Wie war das für Dich, im Haus Bethlehem zu leben?

Ich war zu diesem Zeitpunkt ja selbst obdachlos, trotzdem hat es mich zutiefst erschüttert, wie viel bittere Armut und blanke Not unter den Hilfesuchenden ich tagtäglich zu sehen bekommen habe. Nach einigen Wochen konnte ich das kaum noch aushalten. Die Schwestern leben in selbst auferlegter Armut, sie essen das gleiche Essen, was sie den Obdachlosen und Bedürftigen anbieten, haben ihr eigenes Stockwerk, in dem sie auch in Gemeinschaftszimmern schlafen, tragen ihre weiß-blaue Tracht und haben darüber hinaus kaum persönlichen Besitz. Sie sehen sich als Missionarinnen der Nächstenliebe, und für die Schwestern ist es Bestandteil ihres Glaubens, sich selbst der Armut zu verpflichten, um so den Armen näher zu sein und ihnen besser helfen zu können. Man muss schon einen sehr starken Glauben haben, um so zu leben. Ich habe Hochachtung vor diesen Schwestern, ich könnte das nicht. Die Schwestern propagieren das einfache Leben. Dazu gehört es, dass es dort auch keine Waschmaschine gibt. Die Bettwäsche der BewohnerInnen wird vom Haus gestellt und alle drei bis vier Wochen von den Schwestern im Keller auf einem Waschbrett gewaschen. Ein Erlebnis hat mich besonders mitgenommen. Ich stand vor der Tür und habe geraucht. Von weitem sah ich einen Mann

auf mich zukommen, der mir zurief: „I have no shoes“. Ich sah an ihm herunter und bemerkte, dass er bei dem nasskalten Wetter auf Strümpfen lief. Ich habe ihn hereingebeeten und eine Schwester gerufen. Die hat ihm sofort Tee und Suppe serviert und ist dann in der Kleiderkammer verschwunden. Sie hat ihm nicht nur ein Paar feste Schuhe, sondern auch noch warme Kleidung mitgebracht. Mit einem glücklichen Lächeln im Gesicht verschwand der Mann wieder in der Kälte. Mich haben solche Erlebnisse immer weiter heruntergezogen. Auch die (eigentlich leckere und auch gesunde) Suppe konnte ich irgendwann nicht mehr sehen. Ich war froh, dass ich gelegentlich bei meiner Freundin übernachten durfte, dort was anderes essen konnte und auch ein anderes Umfeld hatte. Eine Bekannte von mir kannte zwei Frauen im Haus Bethlehem und hat mir für sie einen Stapel Kleidung mitgegeben. Im Haus Bethlehem wollte ich die Kleidung dann den beiden Frauen aushändigen, eine Schwester hat das



Die Fassade des Hauses an der Buderpester Straße, schräg gegenüber des St. Pauli Stadions. Foto: Birger Gente

gesehen und gesagt, das sei viel zu viel Kleidung für zwei Frauen, soviel Kleidung brauche kein Mensch und ich solle den anderen Frauen auch was davon abgeben. Letztendlich haben wir das dann so gelöst, dass die beiden Frauen, für die die Kleidung eigentlich gedacht war, sich zuerst einige Teile aussuchen durften, jede andere Bewohnerin was davon angeboten bekam und der Rest dann in der Kleiderkammer gelandet ist. Während ich vor der Tür zum Haus Bethlehem eine geraucht habe, blieb ich eigentlich nie lange alleine, entweder kam ein Bedürftiger vorbei oder Menschen blieben stehen, um mir gute Ratschläge zu erteilen oder auch um zu fragen, wie man denn soweit sinken könne, dass man obdachlos werde. Das ist auch nicht spurlos an mir vorbeigegangen. Nach drei Wochen dort habe ich mich gefühlt wie in einem Mädchenpensionat, ich habe dann ein paar Nächte länger bei meiner

Freundin übernachtet, um mich zu erholen, das war aber auch immer ein Balanceakt, weil ich ja meine regelmäßige Hilfe zugesagt habe bei der Essenzubereitung für die Bedürftigen, meist bin ich dann von meiner Freundin aus dort hin und habe geholfen, um danach wieder zu meiner Freundin zurückzukehren. So konnte ich mir kleine Inseln der Auszeit von meinem Leben im Haus Bethlehem schaffen, das habe ich auch gebraucht für meine seelische Stabilität. Der Orden der Schwestern der Mutter Teresa ist ja ein katholischer Orden. Wurden im Haus Bethlehem auch Gottesdienste abgehalten? Ja, regelmäßig. Es wurde auch gerne gesehen, wenn die Bewohnerinnen daran teilnahmen, aber Pflicht war das nicht. Die Schwestern helfen allen Menschen, egal welcher Konfession. Aber sie freuen sich natürlich, wenn sie die BewohnerInnen dazu inspirieren können, eine Beziehung zu Gott aufzubauen. Im Wohnzimmer gibt es auch einen DVD-Player, wo wir DVDs über Mutter Teresa

angucken und uns über ihr Leben und die Ordensgründung informieren konnten. Andere DVDs sind dort nicht erlaubt. Mehrere Ausgaben der Bibel gibt es in den Bücherregalen im Wohnzimmer natürlich auch.

Wie hast Du wieder eine Wohnung gefunden?

Über meinen Arbeitgeber. Ich bin vom Haus Bethlehem in eine kleine Dienstwohnung eingezogen. Da war ich dann sehr erleichtert. Im Haus Bethlehem habe ich gelernt dankbar zu sein für mein Leben und das, was ich habe. Ich genieße die Privatsphäre in meiner Wohnung und die Ruhe. Ich kann die Heizung ganz auf warm stellen, so lange aufbleiben wie ich will, essen wann und wo ich will und meine Zeit selbst einteilen. Aber ich bin auch dankbar für die Zeit im Haus Bethlehem, dass ich in einer Krisenzeit dort so liebevoll aufgenommen wurde.

Anja Szibalski

Auch im Sport war Widerstand in der NS-Zeit möglich

Recherchen zum Breitensport im nationalsozialistischen Altona und St. Pauli

Mit dem Machtantritt der NS-DAP 1933 begann ein Prozess der „Gleichschaltung“, der alle gesellschaftlichen Bereiche erfasste. So wurden auch im Sport grundlegende Veränderungen vorgenommen. Das Ziel war die „Nazifizierung“ der gesamten Vereinsstruktur. Die Vereine waren gezwungen, vorgeschriebene Einheits-satzungen anzunehmen, in denen das „Führerprinzip“ festgeschrieben war. Die gewählten Vorsitzenden, jetzt „Vereins-führer“, benötigten die Zustimmung des Reichsbunds für Leibesübungen (RBL) oder wurden von diesem direkt eingesetzt. Die bürgerlichen Vereine passten sich

auch in Altona und St. Pauli Arbeiter-sportvereine, wie Bahrenfelder SV 19, SC Teutonia 10 Altona, Ottensen 93, FTSV Komet Blankenese und TV Fichte St. Pauli, verboten. Der Reichssportführer erließ Di-rektiven, die ein massenhaftes Übertreten von ArbeitersportlerInnen in Vereine des bürgerlichen Sports verhindern sollten. Danach durften die Mitglieder nur noch einzeln, wenn sie zwei BürgInnen stellten und eine schriftliche Loyalitätserklärung vorlegten, in Vereine des RBL aufgenom-men werden. Das folgende Beispiel zeigt, wie auch eine einzelne Abteilung eines bürgerlichen Brei- tensportvereins Widerstand „im Kleinen“ leisten konnte. Die Handball-Abteilung des SC Hansa 10/11 wurde 1929 ins Leben gerufen. Den Anfang machten - beacht- lich für die damalige Zeit - die Frauen: Die



überwiegend bereitwillig - häufig in er- schreckend schnellem Tempo - dieser Ent- wicklung an. Jüdische Vereinsmitglieder wurden ihrer Funktionen enthoben, zum Austritt gedrängt oder generell von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Es wurden Wehrsport-Abteilungen gegründet und die gesamte Sportjugend in die Hitlerjugend überführt. Außerdem mussten alle Vereine das Amt eines sogenannten „Dietwarts“ einführen. Dieser Dietwart kontrollierte die „völkische“ Haltung der SportlerInnen und organisierte ideologische Schulungen. Spätestens ab 1936 war im Sport der Wehrsport („Wehrtüchtigung“) für den geplanten Angriffskrieg von zentraler Bedeutung. Die politische Instrumenta- lisierung des Sports für außenpolitische Zwecke zeigte sich auch deutlich bei den Olympischen Spielen von 1936, bei der die Überlegenheit einer sogenannten „nordi- schen Rasse“ gezeigt werden sollte. Schon 1933 wurden zudem alle Arbeiter- sportvereine zwangsaufgelöst. So wurden

Handball – Frauenabteilung gründete sich vor der Abteilung der Männer. Als dann 1933 die Arbeitersportvereine verboten waren, hatte der SC Hansa den Mut, ca. 80 Mitglieder vom benachbarten Arbei- tersportverein TV Fichte St. Pauli und von anderen Vereinen des Arbeiter-Turn -und Sportbundes aufzunehmen. Hansa nutzte dies, so ein Hansa – Vereinschronist, und es gelang der gleichzeitige Aufbau einer Handball-Jugendabteilung. Der Widerstand sollte weiter gehen. 1943 verweigerte die gesamte Hansa – Hand- ballabteilung den Wehrsport. Daraufhin wurde sie zwangsweise aufgelöst. Dies war ein gravierender, aber selbst gewählter Einschnitt. Erst 1947 erfolgte die Neuorga- nisation. (Ein Blick in die Gegenwart:1996 wurde die Handballabteilung aus dem Verein ausgegliedert und schloss sich mit zwei anderen Vereinen zur heutigen SG Al- тона zusammen.) Nach Kriegsende fand in den Hamburger Sportvereinen und -verbänden keine Ent-

nazifizierung statt. Nazis konnten Vereins- mitglieder bleiben und schon bald wieder führende Positionen bekleiden. Jahrzehn- telang herrschte eine unkritische Haltung zur eigenen Geschichte und die beschöni- gende Auffassung, Sport sei unpolitisch. Erst in den 2000er Jahren erschienen einzelne Vereinsveröffentlichungen (so beispielsweise die des Eimsbütteler Turn- verbands / ETV), die sich kritisch mit der eigenen Geschichte im Nationalsozialis- mus auseinandersetzten. Heike Schoon, Mitglied der AG Zwangsarbeit (Kulturunterausschuss)

Ein Nachtrag Nr. 5 lebt

Was ist mit Haus Nr.5 der Elbtreppenhäuser? In der letzten ALiNa hatten wir die Elb- treppenhäuser als positives Beispiel einer Bausanierung benannt. Die Freude über die hergestellten Häuser ist berechtigt. Jedoch betrifft die Herstellung bisher nur einen Teil des Gesamtensembles. Das äl- teste Haus Nummer 5 ist bisher in seiner Herrichtung immer noch nicht endgültig gesichert. In der SAGA gibt es seit länge- rem Kreise, die diese Herrichtung nicht konsequent verfolgen, sondern eher wohl auf die Aufgabe gesetzt haben. Demgegen- über stehen die Mieter, die sich weiterhin auf die Vereinbarung vom Juni 2015 bezie- hen, in der festgelegt war, dass alle Häu- ser nacheinander renoviert werden. Der Baustop und der Abbau der Kräne hat die Mieter nicht gerade freundlich überrascht. Nachdem die Mieter weitere Gutachten auch von Tragwerksplanern eingeholt ha- ben, in denen der Erhalt von Mauerwerks- bestandteilen als sinnvoll und möglich angesehen wird, hoffen die betroffenen Mieter weiter. Wenn alles im Sinne des Erhaltens weiter verläuft, sollen noch in diesem Jahr Ausführungsplanung und Aus- schreibung abgeschlossen werden, damit spätestens im 2. Quartal 2017 die Bau- maßnahmen fortgesetzt werden können. Diese würden dann mit der Sicherung des Gebäudes Nr. 5 beginnen und im folgen- den Stepp den Neubau von Haus 15c be- deuten. Etwas zeitversetzt werden dann die Arbeiten an Haus 5 wieder aufgenom- men werden, so dass mit einem Bezug beider Gebäude Anfang 2019 zu rechnen sein wird. Dann können wir uns ohne eines weinenden Auges vorbehaltlos freuen. Wolfgang Ziegert

Die Postfiliale in Ottensen soll geschlossen werden!

Als durchsickerte, dass die PostBank beabsichtigte, ihre Niederlassung in Ottensen im Piependreier Weg zu schlie- ßen, in der auch alle Postdienstleistungen angeboten wer- den, stellte Die Linke in der Bezirksversammlung Altona einen Antrag. Der Bezirksversammlungs vorsitzende und die Bezirksamtsleite- rin wurden aufgefordert, sich für den Erhalt eines Postdienstleis- tungszentrums im Piependreier Weg einzusetzen. Statt ein Signal für den Erhalt der sozialen Infrastruktur in Otten- sen zu setzen, wurde der Antrag von der Mehrheit der Bezirksver- sammlungsmitglieder in einen Ausschuss verwiesen. Dort wurde dann im November mitgeteilt, die Post würde ihre Dienst- leistungen zukünftig in ei- ner Lotto-Annahmestelle zwischen Friedensallee und Behringstraße anbieten. Of- fenbar haben die Verantwort- lichen bei der privatisierten Post und bei der ebenfalls pri- vatisierten PostBank ihren ur- sprünglich gesellschaftlichen Auftrag aus den Augen verlo- ren und handeln anscheinend nur noch unter dem Ziel, Kos- ten zu minimieren und Rendite zu steigern. Ein Postdienstleistungszen- trum soll Kommunikations- dienstleistungen bereitstellen, damit Brief und Paketverkehr für alle Menschen unseres Ge- meinwesens ohne Hemmnisse zugänglich sind. Die Warte- schlangen im Piependreier Weg sind ein Zeichen für den Bedarf dieser Dienstleistungen, die mit drei bis vier Angestellten an den Schaltern gerade noch zu be- wältigen waren. Die PostBank operiert intern mit dem Hinweis, dass Wege von vier Kilometern den Kunden ohne weiteres zu- mutbar seien. Bisherige Mitar- beiter werden versetzt oder ihre Verträge aufgelöst. Offensichtlich sind weder der Vorsitzende der Bezirksversamm- lung noch die Bezirksamtsleiterin willens gewesen, nachdrücklich die Interessen der BewohnerIn- nen und ArbeitnehmerInnen Ot- tensens zu vertreten. Und sie womöglich im Rahmen demo- kratischer Entscheidungen um ihre Meinung zu fragen, das kam ihnen - wie so häufig - gar nicht in den Sinn. Warum ? Aus unserer Sicht ist es nötig die Verantwortlichen das zu fragen, um die Gründe nachvollziehen zu

können, die sie für sich sehen, solch einen Kahlschlag an städti- scher Infrastruktur einfach hinzunehmen.Für uns können wir sa- gen, so etwas einfach hinzunehmen, dafür sind wir nicht gewählt. Unsere Aufgabe besteht darin, im Gesamtinteresse der Bewohne- rInnen und ArbeitnehmerInnen zu handeln und diese in Entschei- dungen über die Entwicklung unserer Stadt und ihrer Stadtteile einzubeziehen.

Wolfgang Ziegert



Das Elbe-Wochenblatt berichtet am 23.11. über ein „Gewaltiges Leserecho auf den Bericht über die Schließung ...

Bezirksfraktion DIE LINKE Altona



Das Foto zeigt die Mitglieder der Linksfraktion Altona mit ihrer Geschäftsführerin.

von links nach rechts:

Wolfgang Ziegert

Horst Schneider

Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender

Mandy Gutierrez Plasser, Geschäftsführerin

Hasan Burgucuoglu

Karsten Strasser, stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Blanca Merz

Mehr Infos: www.linksfraktion-altona.de

So sind wir zu erreichen:

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Am Felde 2 (im Hinterhof rechts)

22765 Hamburg

Tel: 040 – 25 49 55 47

Email: mandy.gutierrezplasser@linksfraktion-altona.de

In der Regel sind wir montags bis donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr erreichbar

DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung tagt jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Es lohnt sich auf jeden Fall, den Volksvertreterinnen und Volksvertretern zuzuhören!

Es gibt folgende Ausschüsse:

1. Hauptausschuss, 2. Ältestenrat/Geschäftsordnungsausschuss, 3. Haushalts- und Vergabeausschuss, 4. Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren, 5. Flüchtlinge, 6. Jugendausschuss, 7. Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten des Jugendhilfeausschusses, 8. Ausschuss für Kultur und Bildung, 9. Verkehrsausschuss, 10. Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, 11. Planungsausschuss, 12. Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung, 13. Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit, 14. Bauausschuss

In diesen Ausschüssen arbeiten neben den Fraktionsmitgliedern zubenannte Bürgerinnen und Bürger. Nicht alle gehören der Partei DIE LINKE an, sympathisieren aber mit unserer Politik.

Bis auf den Bauausschuss und den Ältestenrat tagen alle Ausschüsse öffentlich und es können am Anfang der Sitzung eingereichte Fragen gestellt werden.

Mehr Infos: www.hamburg.de/bezirksversammlung-altona/

Impressum:

V.i.S.d.P. Robert Jarowoy, Am Felde 2, 22765 Hamburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autoren verantwortlich

Herausgeber: Fraktionsvorstand der Linksfraktion Altona

Druck: Onlineprinters GmbH, 91413 Neustadt a. d. Aisch

Titelfoto: Birger Gente · Gezeigt ist ein Ausschnitt vom Altonaer Rathaus mit einem Teil des Fries.

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA